

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1950**

44 (21.2.1950)

# BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 413 83. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Reibacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

**Volkszeitung**  
für  
**Baden**

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Stadt Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39, Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreislise 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 44

Dienstag, 21. Februar 1950

Preis 15 Pf.

## Aus dem Inhalt:

Ein Schutzwall für Adenauer  
v. E. Carlebach

Anglo-amerikanischer  
Spionagering bloßgelegt

Dr. Malans Rasseterror  
fordert neue Opfer

Streikerfolg in Bochum

Bochum. (EB) Die über 1300 Bergleute der Zeche Klosterbusch wollen nach dem vollen Erfolg ihres Streiks am Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Die Zecheleitung mußte unter dem energischen Protest der gesamten Belegschaft von ihrem Vorhaben, einem besonders berüchtigten Faschisten und Terroristen zum Zechendirektor einzustellen, absehen.

Protest des Betriebsrates  
der Firma Geiger

Karlsruhe. (EB) Der Betriebsrat der Maschinenfabrik H. Geiger, Karlsruhe, fordert, daß gegen die Schuldigen im württembergisch-badischen Entnazifizierungsskandal ohne Ansehen der Person rücksichtslos vorgegangen wird. Er verurteilt aufs schärfste die geübte Entnazifizierungspraxis, von der die kleinen Pgs ungerechterweise hart getroffen wurden, während die großen Schuldigen und Nutznießer des Naziregimes Schonung erfuhren und durch die Maschen schlüpfen konnten, als „schwarze Schafe“ gegen Bestechungsgelder reinwegwuschen. Gleichzeitig protestiert der Betriebsrat gegen den Freispruch Hedlers und verlangt vom Ortsausschuß Karlsruhe des DGB die Einberufung einer Protestkundgebung aller Werktätigen.

Es bleibt die Forderung:  
Abzug der Besatzungstruppen!

Die westlichen Alliierten ventilieren seit geraumer Zeit die Frage eines Separatfriedens mit Westdeutschland. Sie sind sich dabei untereinander nicht einig. Britanien machte Vorschläge zur „Beendigung des Kriegszustandes“, die jetzt durch das Weiße Haus bis zu einer unter den Westmächten stattfindenden sollenden Besprechung zurückgestellt wurden.

Daß es sich bei den Absichten der westlichen Alliierten nicht um eine wirkliche Beendigung des Kriegszustandes dreht, geht aus den Einwendungen hervor, die man von USA-Seiten machte. Man hat Sorge, gezwungen zu sein, die über 200 Gesetze der Militärregierung aufheben zu müssen. Die Besatzungsmacht käme damit in eine böse Lage, denn diese soll ja unbeachtet einer solch angeblichen Beendigung des Kriegszustandes weiter in Westdeutschland verbleiben. Dies erhält, daß es sich bei allen derartigen „Bemühungen“ nur um einen Augenrost für die deutsche Bevölkerung und einer Handhabe zu noch „besserer Zusammenarbeit“ zwischen den Kolonialherren und ihren westdeutschen Beauftragten zur Beendigung der Spaltung handeln soll. Für das deutsche Volk kann es nur eines geben: Abzug aller Besatzungsmächte als der Voraussetzung zur Schaffung eines für ganz Deutschland geltenden Friedensvertrages!

## Der Kampf um den Frieden umfaßt alle Länder der Erde

Weltfriedenskomitee entsendet Delegation zu allen Parlamenten in der Welt

Paris (Drabtmeldung). Auf einer Pressekonferenz des ständigen Ausschusses des Weltfriedenskomitees erklärte der bekannte französische Atomwissenschaftler Joliot-Curie, daß der Kampf um den Frieden auf der internationalen Basis geführt werden müsse, und daß daher das Weltfriedenskomitee sich entschlossen habe, eine Delegation zu den Parlamenten in der ganzen Welt zu entsenden, um ihnen die auf der letzten Tagung in Rom gefaßten Beschlüsse zur Erhaltung des Friedens zu unterbreiten.

Joliot-Curie erinnerte noch einmal an dieses Friedensprogramm, das im wesentlichen beinhaltet: Beendigung des Rüstungswettlaufs, Verbot der Atomwaffe, Einstellung der Interventionskriege in Indonesien, Malaja und Vietnam sowie Einstellung des kalten Krieges durch Unterzeichnung eines Friedenspaktes zwischen den Großmächten.

Joliot-Curie erklärte: „Diese Friedensvorschläge wurden bereits von den Parlamenten Rumäniens, Bulgariens und der Deutschen Demokratischen Republik gebilligt“. Die Delegationen werden auf der nächsten Tagung des Weltfriedenskomitees am 16. März in Stockholm über die Ergebnisse ihrer Arbeit berichten.

## Französische Flotte kneift vor Nizza!

Was die Entschlossenheit der Friedenskämpfer vermag

Nizza. (E. B.) Das französische Volk kann in seinem Kampf gegen die Kriegspolitik der Regierung Bidault einen neuen Erfolg verbuchen. Die Tatsache, daß die Hafnarbeiter die Verschiffung von Kriegsmaterial verhinderten und dieses im Hafen versenkten, hat es dem Kriegsministerium nicht geraten erscheinen lassen, den besichtigten Flottenbesuch in Nizza durchzuführen. Er wurde offiziell abgeblasen.

Offensichtlich befürchtete man, daß es beim Einlaufen des französischen Mittelmeergeschwaders im Hafen von Nizza es zu erneuten Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Kriegspolitik und zu Verbrüderungsszenen mit den Matrosen kommen werde.

Das französische Flottenkommando sorgte dafür, daß zum Eingeständnis der Schwäche der Regierung noch das Lächerliche hinzukam. In einer Mitteilung erklärte es das Nichtanlaufen von Nizza als einen „Protest“ gegen die Aktionen der Arbeiter. Die Werksbetriebe Frankreichs haben diese Mitteilung begrifflicherweise mit großer Heiterkeit aufgenommen.

## Eine Armee (!) zieht zum Fischen versenkter Waffen aus

Nizza. (E. B.) Als ob es gelte, die größte Festung der Welt einzunehmen, rückten gestern morgen im Nizzaer Hafen schwerbewaffnete Polizisten, Gendarmen, Sicherheitsdienst und Militär an. Nach Tausenden zählender und in Waffen starrerde Militärs und Polizei (beim Militär handelte es sich um Senegalesen), besetzten den Kai und die Hafenufer. Sie stellten den „Schutz“

dar beim Fischzug, nach den von den Nizzaer Hafnarbeiter in der letzten Woche versenkten Waffen und der Abschubbahn für V-Geschosse.

## Neuer Erfolg Vietnams

Saigon. (EB) Der in der Nähe der vietnamesisch-chinesischen Grenze gelegene befestigte Stützpunkt der französischen Kolonialtruppen, Pholu, ist von Truppen der Demokratischen Republik Vietnam nach mehrwöchigen blutigen Kämpfen eingenommen worden. Ein Teil der französischen Besat-

## Mit Terror ist der Friedenswille nicht zu brechen

Regierung Bidault versucht es mit Polizei- und Militäreinsatz

Paris (E. B.) Angesichts des nicht einzudämmenden Widerstandes der französischen Bevölkerung gegen den „schmutzigen Krieg“ in Indochina und der Unterbindung von Waffenlieferungen, wird die Regierung von Tag zu Tag nervöser. Mit Polizei und Truppeneinsatz versucht sie die wichtigsten Städte des Landes unter Terror zu stellen. Sie bedroht, unter Verletzung des in der französischen Verfassung garantierten Streikrechts, alle Arbeiter der staatlichen Betriebe mit sofortiger Entlassung und strengster Bestrafung, wenn sie sich an den Streik-Kundgebungen beteiligen. Die Regierung Bidault, die nie bei den Werktätigen einen Funken von Kredit besessen hat, bangt um ihr Ansehen bei den amerikanischen Auftraggebern. Ministerpräsident Bidault erwägt die Verdoppelung der Pariser Polizei

und die Verwendung des französischen Militärs zur Abfertigung und Entladung der Transporte von militärischem Material aus amerikanischen Lieferungen.

Die Regierung Bidault hat mit ihren Maßnahmen wenig Glück. Das Volk will den Frieden und läßt sich nicht einschüchtern. Die Regierung aber muß sich entlarven, daß sie nur Handlanger des amerikanischen Imperialismus und der Rüstungsindustriellen ist.

## Attentat auf französische Links-Zeitung

Paris. (EB) Die Druckerei der linksgerichteten Zeitung „La Marseillaise“ in Chateauroux, Zentralfrankreich, wurde durch Feuer zerstört. Das Feuer entstand durch Explosion eines Sprengkörpers, der in eine Rotationspresse gelegt worden war. (dpa)

Die Täter dieses Attentats sind in Rechtskreisen zu suchen. Das Attentat soll wohl die Antwort auf die in den Links-Zeitungen lückenlos veröffentlichten Berichte über die Riesen-Skandal- und Bestechungsaffäre, in deren Mittelpunkt die Generale Revers und Mast stehen, und in die mehr und mehr General de Gaulle und viele Regierungsmitglieder hineingezogen werden, sein.

## In die Luft geflogen

Wien. (EB) Die große österreichische Dynamit-Fabrik in St. Lambrecht ist in die Luft geflogen. Alle acht Gebäude der Fabrik wurden zerstört. Der Schaden wird auf fünf Millionen Schilling geschätzt. Ein Arbeiter wurde getötet.

Die Explosion erfolgte am Sonntag, in einer Zeit, in der die Belegschaft des Werkes nicht anwesend war.

## Die Presse unsere schärfste Waffe

Wichtige Tagung der kommunistischen Presse und Vertreter der Großbetriebe mit dem Vorsitzenden der KPD, Max Reimann

Düsseldorf. (Eig. Ber.) Am 18. und 19. Februar tagte in Düsseldorf eine Konferenz der Redaktion des Zentralorgans der KPD, „Freies Volk“, mit Vertretern aus neun wichtigen Großbetrieben Westdeutschlands und den Chefredakteuren der übrigen Parteizeitungen.

In einem grundlegenden Referat nahm der Parteivorsitzende Max Reimann Stellung zur Bedeutung der Presse und den Aufgaben des Zentralorgans, sowie der übrigen Parteizeitungen bei der Durchführung der Beschlüsse der 14. Tagung des Parteivorstandes über die ideologisch-politische Festigung der Partei auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Er zeigte in seinem Referat an Hand von Beispielen, welche Mängel in der Arbeit unserer Presse vorhanden sind und machte kon-

krete Vorschläge zur grundlegenden Verbesserung unserer gesamten Pressearbeit. Ganz klar wurde herausgestellt: Die Zeitung muß das Gesicht unserer Partei tragen, sie muß die Politik unserer Partei in einer volkstümlichen Sprache in die Massen tragen und die Richtigkeit unserer Politik an Hand der Tagesereignisse beweisen. Durch den Aufbau eines dichten Netzes von Volkskorrespondenten muß unsere Presse die unmittelbare Verbindung mit den Volksmassen herstellen, um so das Sprachrohr des Volkes zu werden. Vom Zentralorgan sollen sofort 30 Volkskorrespondenten aus wichtigen Großbetrieben, Massenorganisationen und aus allen Volksschichten zur Mitarbeit gewonnen werden. Die Genossen aus den Großbetrieben be-

reicherten die Diskussion durch wertvolle Vorschläge zur Verbesserung der Pressearbeit. Darum wurde angeregt, auch bei den anderen Parteizeitungen Redaktions-sitzungen unter Hinzuziehung von Betriebsarbeitern durchzuführen.

Die Konferenz beschloß, die Rede des Gen. Max Reimann im Zentralorgan im Wortlaut und in den übrigen Parteizeitungen auszugeweiht zu veröffentlichen. Die Konferenz wird dem Zentralorgan „Freies Volk“ und den übrigen Parteizeitungen helfen, ihre Aufgaben bei der ideologisch-politischen Festigung der Partei und bei der Mobilisierung der Massen im Kampf für den Frieden, gegen die Herstellung und den Transport von Kriegsmaterial und zur Herstellung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands zu erfüllen.

## Das ist sie: die Hedler-Justiz

CDU-Minister verklagt die Verantwortlichen für die Demonstration der 35 000 in Bielefeld, das „Volks-Echo“ und die VVN

Düsseldorf. (EB) Wie unbegründet die Entzündung im Bundestag war, als Abg. Renner erklärte, daß Hedler nur das ausgesprochen habe, was die Mehrzahl der deutschen Jugend zu sagen sich nicht getraue, beweist der Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Sträter (CDU). Er hat Strafantrag gegen die Zeitung „Volks-Echo“ in Detmold, die VVN in Bielefeld und die Verantwortlichen für die Protestdemonstration gegen das Schandurteil gegen den Gestapomann Kaufmann eingereicht.

Der CDU-Justizminister bezichtigt das „Volks-Echo“ und die VVN der Verleumdung, weil sie den Richtern des Bielefelder Schwurgerichtes, die Kaufmann zu anderthalb Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Internierungshaft verurteilten, Rechtsbeugung vorwarfen. In der Protestdemonstration der 35 000 Bielefelder Werktätigen wurde ein Galgen mit dem Schild „Fort mit den reaktionären Richtern“ getragen.

Dr. Sträter versucht mit seinen Strafanträgen genau so das Verlangen des Volkes nach einer fortschrittlichen Justiz einzuschüchtern, wie es die Strafanträge gegen den Chefredakteur des „Freien Volk“, Hugo Ehrlich, und den Gewerkschaftssekretär Lückerrath aus Anlaß der Protestdemonstration ge-

gen das provokatorische Auftreten Schachts in Düsseldorf bezwecken. Sträter weiß sich mit seinen Gesinnungsfreunden im Adenauer-Kabinett einig, das verkünden ließ, es finde das Gerichtsverfahren gegen Hedler „korrekt, objektiv und gerecht“. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes aber teilt, wie die Demonstrationen und Proteste an allen Orten beweisen, die Auffassung der KPD-Fraktion, wie sie von Heinz Renner formuliert wurde: „80 Prozent der deutschen Richter waren Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen. Sie haben im Interesse des Nazismus und des Krieges rücksichtslos das Recht gebrochen.“

## Amerikaner halten Gefangenenkartei verborgen

Berlin. Ein neuer Beweis dafür, daß die amerikanische Besatzung, bei der Besetzung der Stadt Saalfeld die Gefangenenkartei der Nazis, die dort verborgen gehalten wurde, erbeutet haben, veröffentlicht die Zeitung „Neues Deutschland“. In einem Tatsachenbericht einer Frau wird eindeutig dargelegt, daß die Kartei durch die Amerikaner bewußt verborgen gehalten wird, wodurch viele deutsche Familien im Ungewissen gehalten

werden über das Schicksal ihrer Söhne und Männer. Die Zeitung schließt mit einem Appell an alle Deutschen, die Herausgabe der Gefangenenkartei zu fordern, damit endlich mit dem schmutzigen politischen Geschäft mit den Kriegsgefangenen Schluß gemacht wird.

## Millionenraub in Hannover

Hannover. Zwei maskierten Räubern fielen in einer Hauptverkehrsstraße Hannovers Wertpapiere im Werte von rund einer Million DM sowie 3000 DM Bargeld in die Hände. Die Banditen hatten zwei Kassenboten der Merkur-Bank überfallen und als diese Widerstand leisteten, rücksichtslos geschossen. Einer der Boten wurde dabei tödlich verletzt.

Die beiden Kassenboten waren von der Landeszentralbank nach der Merkur-Bank unterwegs, als auf dem stark belebten Geoplatz die beiden maskierten Männer auf einem Auto sprangen und ihnen ihre Taschen entrißen. Als die Boten den einen Räuber festzuhalten versuchten, eröffnete der andere, der bereits wieder im Auto saß, das Feuer. Polizei und Passanten nahmen die Verfolgung auf.

## Im Streiflicht gesehen

### Ein Toter ins Leben zurückgerufen

Wien. Ein 13jähriger Junge, der bereits vier Minuten lang als tot betrachtet werden mußte, konnte von zwei jungen Wiener Ärzten ins Leben zurückgerufen werden. Der Junge litt an Wirbelsäulentuberkulose und Rückenmarksentzündung, aus der sich eine Lähmung der Zwerchfellmuskulatur ergab. Als die Ärzte feststellten, daß die Lunge ausgesetzt hatte, brachten sie durch elektrische Impulse eine künstliche Atmung in Gang, die dann für zehn Tage aufrecht erhalten wurde. Nach dieser Zeit ging die Lähmung zurück und die Lungen arbeiteten wieder normal. (Reuter)

### Missouri-Kommandant

verstand kein Schlachtschiff zu führen  
Norfolk (Virginia). In der Kriegsgerichts-verhandlung zur Untersuchung der Umstände, unter denen das amerikanische Schlachtschiff „Missouri“ auf Grund lief, erklärte der Kommandant William Brown, er sei mit der Handhabung eines Schlachtschiffes nicht vertraut gewesen. Das größte amerikanische Schlachtschiff war auf einer Übungsfahrt vor der Chesapeake-Bucht am 17. Januar auf Grund gelaufen und erst nach wochenlangen Bemühungen bei einer Springflut freigekommen.

Brown erklärte: „Ich habe seit meinem Abgang von der Marineschule im Jahre 1924 niemals auf einem großen Schiff Dienst getan.“ (INS)

Dänischer Passagierdampfer in Brand  
Kopenhagen. Der dänische 3000-Tonnen-Passagierdampfer „Kronprinz Olaf“ ist am Montagvormittag in schwedischen Gewässern in Brand geraten. Die 115 Passagiere wurden von dem schwedischen 11 000-Tonnen-Dampfer „Stockholm“ übernommen. Die Besatzung des „Kronprinz Olaf“ blieb an Bord.

Beim Ausbruch des Feuers gingen die Passagiere in die Rettungsboote. Ihre Uebernahme durch die „Stockholm“ erfolgte in dichtem Nebel. (Reuter)

### Preis-Beschwerden über den Aether

Paris. Rundfunkhörer, die kürzlich Nachrichten des Pariser Senders eingestellt hat-

ten, waren äußerst überrascht, als sie anstelle von Berichten über politische Ereignisse eine Beschwerde über die Preisrückhöhungen in der Kantine des Pariser Rundfunks vernahmen. Zwei Rundfunktechniker hatten sich in die Nachrichtensendung eingeschaltet und ihrer Entrüstung über den Aether Luft gemacht.

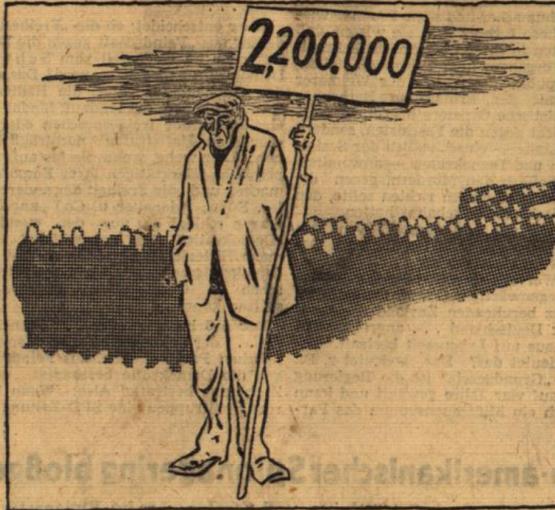
Sechs Jahre für Mord bei Vernehmungen  
Leuwarden. Der 37jährige Sportlehrer Dr. W. H. Schlegel aus Farchant in Bayern wurde von einem Sondergericht in Leuwarden zu sechs Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Schlegel war während des Krieges stellvertretender Leiter des deutschen SD-Gefängnisses in Friesland. Er wurde für schuldig befunden, durch unmenschliche Vernehmungsmethoden den Tod einiger Häftlinge verursacht zu haben. (Reuter)

### Drei Morde an einem Tag

Rom. Drei Leute wurden am Samstag in Italien umgebracht. Einer um eine Handvoll Oliven, einer um 20 Lire (15 Dpf.) und einer um einen Streifen Land. Der erste wurde in Gallipoli (Süditalien) vom Besitzer eines Olivengartens erschossen, als er sich ein paar Oliven stahl. In dem nahebei gelegenen Dorf Presica wurde ein alter Bettler wegen 20 Lire ermordet und schließlich brachte in Viterbo ein Mann seinen Bruder um, weil sie sich über 50 qm Land stritten. (Reuter)

Schmuggerbande mit Spezialgerät für „Wasserarbeit“

Trier. Nachdem am 8. Februar zwölf Mitglieder einer Trierer Schmuggerbande überraschend festgenommen werden konnten, wurden in der vergangenen Woche sechs ihrer Komplizen verhaftet. Nach den bisherigen Ermittlungen haben die gutorganisierten Schmugger im Laufe der Zeit mehrere tausend Zentner Kaffee aus Luxemburg und Belgien nach Deutschland eingeschmuggelt. Bandenchef war ein Trierer Großschmuggler, der seinen Grenzgängern einen Tariflohn zahlte. Die Bande war mit Schlauchbooten, Gummizugsen zum Durchwaten der Flüsse und Gummisäcken ausgerüstet, in denen das Schmuggelgut durch das Wasser gezogen wurde.



„Das Ergebnis der Adenauerschen Marshallplanpolitik: 2 200 000 Arbeitslose“

# Glückwunsch an Gerhard Eisler

Lieber Genosse Gerhard! Aus dem Westen unseres Vaterlandes sendet Dir der Parteivorstand der KPD herzlichste Glückwünsche zu Deinem 53. Geburtstag am 20. Februar.

Drei Jahrzehnte kämpfst Du in den Reihen der Kommunistischen Partei, und jetzt bist Du eines der hervorragendsten Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Als Hitler an der Seite seines Spießgesellen Mussolini das republikanische Spanien mit Krieg überzog, hast Du auf Spaniens Boden zugleich mit der Sache des spanischen Volkes die Sache des demokratischen Deutschlands gegen die Hitlerbarbarei verteidigt. Bei Kriegsausbruch 1939 hat Dich die damalige faschistenfreundliche Regierung Frankreichs in das berüchtigte Internierungslager Vernet geworfen. Auf der Durchreise nach Mexiko, das Dir ein Asyl zu gewähren bereit war, haben Dich die Behörden in USA festgehalten und Dir nicht mehr die Erlaubnis gegeben, das Land zu verlassen.

Weil Du auch in USA den Kampf gegen Hitler, den Kampf gegen den Faschismus führtest, bis Du einer der dem amerikanischen Imperialismus am meisten verhassten Männer geworden. Sie haben nicht aufgehört, Dich zu verfolgen. Jahrelang haben sie Dich im Kerker festgehalten. Aber Du hast, sobald Du freigelassen wurdest, mit ungebrochener Kraft in aller Öffentlichkeit den Kampf gegen sie fortgesetzt. In ohnmächtiger Wut gerieten sie, als Du im vergangenen Jahre ihren Fängen entkamst auf einem Schiff des volksdemokratischen Polens. In London holte Dich die dienstfertige britische Polizei auf Geheiß des imperialistischen Amerikas vom Schiff. Und wieder wurdest Du gefangen. Unter dem Druck der Massenempörung aller freiheitlich gesinnten Menschen in der ganzen Welt hat der britische Richter Dich freigelassen. Kurz darauf wurdest Du in der Heimat.

Hier hast Du sofort wieder Deinen Platz in der Kampffront eingenommen. Als Max Reimann vor dem britischen Militärgericht stand, weil er zum Ruhrstatut Nein gesagt hatte, hast Du als Vorsitzender des Nationalen Komitees zur Verteidigung Max Reimanns Deine gewichtige Stimme für seine Freilassung erhoben.

Seit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik leistest Du an der Spitze des Amtes für Information der Regierung dem ganzen deutschen Volke unschätzbare Dienste durch die Erziehung des Volkes zur Wachsamkeit gegen die imperialistischen Kriegstreiber, durch Deine die Massen zum Kampfe für die Verteidigung des Friedens organisierende Tätigkeit.

Wir wünschen Dir, lieber Gerhard, und unserem Volke, daß Deine Arbeit weiterhin erfolgreich sei.

Parteivorstand der KPD  
Max Reimann

## Marshall-Blücher brachte nichts mit

Bonn. (Eig. Ber.) Der aus Amerika zurückgekehrte Marshallplanminister Blücher wußte vor der Bundes-Konferenz zwar von den zahlreichen geistigen und organisatorischen Strömungen zu berichten, die nach dem alten Europa fließen. Der versprochene Strom der Exportaufträge aus Westdeutschland nach Amerika, scheint aber immer mehr zu einem kleinen Rinnsal zusammenschmelzen. Kunstgewerbliche Gegenstände aus Westdeutschland würden in den USA besonders gefragt, industrielle Erzeugnisse hätten wenig Aussicht. Ueber den Export deutscher Waren nach dem Osten hat sich aber Herr Blücher in Amerika nicht einmal die Erlaubnis holen dürfen. Dieses Thema war dort unerwünscht.

## DDR liefert 669 000 Tonnen Briketts

Watenstedt-Salzgitter. (EB) Während in der Deutschen Demokratischen Republik die Lokomotiven teilweise mit Braunkohle geheizt werden müssen, quälen sich die Hausfrauen in der Bundeskolonie mit der teuren Steinkohle in ihren Herden ab. Dazu kommt noch, daß nicht einmal die auf Karte gelieferten Briketts ausgeben werden konnten. Die Stockungen in den Auslieferungen der Kontingente nahmen so zu, daß im Januar von einer wirklichen Krise gesprochen werden konnte. Von selten der Kohlen-einzelhändler wird dazu erklärt, daß durch den Abschluß des Interzonenvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik, der am 25. Januar 1950 unterzeichnet wurde, mit Sicherheit eine Entspannung der Lage zu erwarten sei. So werden im ersten Quartal 1950 etwa 471 000 Tonnen Braunkohlebriketts von der DDR geliefert. Von dieser Menge werden 150 000 Tonnen dem Hausbrandsektor überwiesen. In zweiten Quartal werden auf Grund des gleichen Vertrages insgesamt 223 000 Tonnen Briketts geliefert, die Gegenlieferung der Bundeskolonie besteht in 50 000 Tonnen Gasförderkohle und 76 500 Tonnen Gießereikoks.

## Dr. Malans Rassenerror fordert neue Opfer

Johannesburg. (EB) Die Polizei der Regierung Dr. Malans ging erneut gegen Afrikaner mit der Schußwaffe vor. Sie tötete einen Eingeborenen und verletzte sieben schwer. Gegen 30 Afrikaner, die verhaftet wurden, soll Anklage wegen Widerstand gegen die Polizeigewalt erhoben werden, um nachträglich eine Rechtfertigung für das brutale Vorgehen der Polizei zu fingieren.

### Berichtigung

In unserer gestrigen Ausgabe hat uns der Druckfehlerteufel einen bösen Streich gespielt. In dem Artikel „Weg der Nationalen Front — der einzige deutsche Weg“ muß es in der Zwischenüberschrift auf der zweiten Spalte selbstverständlich heißen: „Gewähr für die Erkämpfung eines Friedensvertrages“.

# Ein Schutzwall für Adenauer

Neuaufgabe des Republiksschutzgesetzes durch Schumacher in Bonn / Von Emil Carlebach

Genau 24 Stunden, nachdem die Adenauer-Justiz den Faschisten Hedler programmgemäß freigesprochen hat, und genau drei Tage nachdem die Adenauer-Presse durch die sensationelle Veröffentlichung eines „Attentatsplans“ auf Heuß die nötige Stimmung für ein Gesetz über den Ausnahmezustand vorbereite(wobei sie sich schamhaft darum herumdrückte, daß der angebliche „Attentäter“ schon seit Monaten stillschweigend von der Polizei kassiert wurde), veröffentlicht beziehungsweise das Besatzungsblatt der USA, „Die Neue Zeitung“, in großer Aufmachung den Wortlaut des SPD-Antrages in Bonn, genannt „Gesetz gegen die Feinde der Demokratie“.

Es handelt sich um ein Gesetz, das von den Richtern Westdeutschlands gehandhabt werden soll; Schumacher und seine Freunde wissen, wer diese Richter sind, sie wissen, daß diese Juristen in ihrer übergroßen Mehrheit noch ihre Vorgänger in den Schatten stellen die das Republiksschutzgesetz der Weimarer Zeit, das mit der Ermordung Rathenaus durch faschistische Offiziere begründet worden war, nicht gegen die Faschisten, sondern gegen die Linke — einschließlich der Sozialdemokraten und Demokraten — anwandten bis sie schließlich den Mördern, gegen die sich das Gesetz angeblich richten sollte, den Weg zur Macht völlig gebahnt hatten.

Schauen wir uns Schumachers, von den Amerikanern so dringend empfohlenen Gesetzentwurf im einzelnen an:

§ 1 (1) „Wer mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gewalt den auf dem Grundgesetz beruhenden Zustand der Bundesrepublik Deutschland . . . angreift, wird mit Zuchthaus auf Lebenszeit bestraft.“

Was bedeutet das? Das bedeutet z. B.: Nach dem „Grundgesetz“ ist die Regierung Adenauer auf vier Jahre gewählt und kann selbst durch ein Mißtrauensvotum des Par-

laments nicht ohne weiteres gestürzt werden! Wenn nun zum Sturz dieser Regierung ein Streik durchgeführt werden sollte, oder eine Massendemonstration nach Bonn die Erziehung des Verschwindens dieser Regierung plant, so haben Hedlers Freunde, die Adenauers Richter sind, das „Recht“, die Streikführer mit lebenslänglichem Zuchthaus zu bestrafen und (§ 1, 4) schon die „öffentliche Aufforderung, Vorbereitung oder Verabredung“ zu diesem Streik mit Zuchthaus zu bestrafen!

§ 5 (1) besagt: „Wer sich an einer Verbindung beteiligt oder sie fördert, die darauf ausgeht, aus Feindschaft gegen die Demokratie die Freiheit der anderen anzugreifen, wird mit Gefängnis nicht unter 6 Jahren bestraft . . .“

Wer entscheidet, ob die „Freiheit der anderen“ aus „Feindschaft gegen die Demokratie“ oder im Gegenteil zum Schutze der Demokratie angegriffen wird? Das entscheiden Adenauers Richter, die Hedler freigesprochen haben, die landauf, landab SS- und Gestapomörder freigesprochen oder mit lächerlichen Haftstrafen nachträglich belohnen! Aber wehe, wenn die bis aufs Blutgepeinigten Werktätigen ihrer Empörung Luft machen und „die Freiheit der anderen“ (Hedler, Euler, Adenauer u. Co.) „angreifen“ — dann schlägt die von der westdeutschen „Demokratie“ fast unbeschädigt übernommene Hitlerjustiz zu: denn sie hat ja einen demokratischen — ja sogar sozialdemokratischen — Gesetzentwurf, auf den sie sich stützen kann!

Der § 6 besagt: „Wer . . . Einrichtungen, die . . . der politischen Presse oder einer politischen Partei dienen, aus Feindschaft gegen die Demokratie beschädigt, wird mit Zuchthaus bestraft.“ Also: Wenn faschistische Stoßtruppen eine SPD-Zeitung oder ein

KPD-Büro überfallen, so wandern sie ins Zuchthaus? Halt! Erst muß doch die Hedler-Justiz entscheiden, ob der Ueberfall „aus Feindschaft gegen die Demokratie“ herrührt. Und die Herren haben uns in Neumünster gerade ein Beispiel dafür geliefert, daß sie in solchen Fällen — natürlich nur „aus Mangel an Beweisen“ — beide Augen zuzudrücken wissen. Aber wehe, wenn eine Gewerkschaftsdemonstration gegen irgendwelche Heizer vorgehen würde; Adenauers Richter werden sich ihrer Vorbilder aus der Militärjustiz in Stuttgart einen jungen Arbeiter zu 10 Jahren Kerker verurteilen, weil eine Fenster-scheibe eingedrückt worden ist. Aber diesmal würde man sich nicht auf Militärgesetze, sondern auf einen SPD-Antrag stützen — denn wir sind ja sooo demokratisch geworden . . .

§ 9 (1) „Wer öffentlich eine durch ihre Rasse, ihren Glauben oder ihre Weltanschauung gebildete Gruppe in Deutschland . . . durch Verletzung der Menschenwürde oder der Menschenrechte angreift, wird . . . mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.“ Wenn Herr Hedler (Mitglied einer „demokratischen Volksvertretung“) die Judenvergasungen zynisch empfiehlt, so „fehlt es an Beweisen“. Wenn Dr. Schumacher die Kommunisten, d. h. die durch die marxistische Weltanschauung gebildete Gruppe von Menschen in Deutschland, in der wüsten Weise beschimpft, so liegt natürlich keine „Verletzung der Menschenwürde oder der Menschenrechte“ vor ebensowenig wie wenn Dr. Schumacher den Einsatz ausländischer Panzertruppen gegen die deutsche Jugend fordert. Aber wehe, wenn wir die faschistischen Freunde der westdeutschen Richter und Staatsanwälte beleidigen, oder wenn ein sozialdemokratischer oder christlicher Gewerkschaftssekretär gegen die Militäristen vom Leder zieht — ob hier eine „Verletzung der Menschenwürde oder der Menschenrechte“ vorliegt, das entscheidet nicht das Volk, ja nicht einmal mehr das Scheinparlament in Bonn, sondern der „unabhängige und unabsetzbare“ Richter, der vorgestern noch unsere Besten für Herrn Hitler auf Schaffot jagte und morgen für Herrn Adenauer (auf Grund dieses SPD-Antrages) Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verhängen darf.

Und dann natürlich der „Schutz der Ehre“. Man könnte glauben, die SPD-Abgeordneten hätten vergessen, wie sich vor 1933 die Weimarer Justiz grinsend über die unwürdigen — und bei Goebbels und Streicher bis zur Pornographie gezerrten Angriffe gerade auf die sozialdemokratischen Minister hinwegzusetzen wußte, während das Republiksschutzgesetz den Brüning, Papen, Schleicher (und bis zum Ermächtigungsgesetz sogar Herr Hitler selbst) die gnadenlose „Hilfe“ der „demokratischen“ Justiz verschaffte. „Steht der durch eine Verleumdung Verletzte im öffentlichen Leben“ — so heißt es in dem SPD-Antrag, § 11 (4) — „und ist die öffentliche behauptete oder verbreitete angebliche Tatsache geeignet, den Verletzten des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, dessen er für sein öffentliches Wirken bedarf, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter einem Jahr.“

Konkret gesprochen: Eine kommunistische oder sozialdemokratische Zeitung schreibt: „Dr. Adenauer ist der Agent und Vertreter des Großkapitals zur Ausbeutung und Niederhaltung der werktätigen Deutschen“ — was wird die Adenauer-Justiz dazu sagen? Wird sie diese Behauptung als „Verleumdung“ bezeichnen? Selbstverständlich, denn dafür sind die Herren ja angestellt. Ist diese Behauptung geeignet, Herrn Adenauer „des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen“? Selbstverständlich — also: „Gefängnis nicht unter einem Jahr“ und eine Dankadresse an Dr. Schumacher!

Vorbereitung für einen Krieg  
§ 12 (1) „Wer öffentlich oder heimlich für die Anwendung bewaffneter Gewalt gegen

## Anglo-amerikanischer Spionagering bloßgelegt

Zeugenaussagen, Geständnisse und Strafanträge im Budapest Spionageprozeß

Budapest. (EB) Wie die französische Regierung im Gobein-Prozeß in Polen, so wurden jetzt im Budapest Spionageprozeß gegen den britischen Staatsbürger Edgar Sanders, den Amerikaner Robert Vogeler und gegen die fünf ungarischen Angeklagten höchste anglo-amerikanische Stellen bloßgestellt.

Die Angeklagten legten durchweg Geständnisse über ihre Spionagetätigkeit und Wirtschaftssabotage ab, die sie im Auftrage der Anglo-Amerikaner durchführten. Der Amerikaner Vogeler schilderte in der Verhandlung, daß er 1942 als Angestellter eines Industrierwerkes in Chicago als Agent ausgebildet worden sei und später ein Netz von 50 Agenten leitete. Im Auftrag des „International Standard Electric Works“ sei er zur Agententätigkeit nach Europa geschickt worden, mit dem Auftrag des Aufsichtsratsvorsitzenden dieser Firma, mit dem Geheimdienst Verbindung aufzunehmen. Dieser Aufsichtsratsvorsitzende Sophos Behn hätte enge Beziehungen zu Truman, Acheson, Morgenthau und General Marshall unterhalten. Wie er selbst seien damals 20 weitere Agenten vom amerikanischen Generalstab zu Agententätigkeit entsendet worden.

Angehörige der amerikanischen diplomatischen Vertretung in Budapest wurden auf schwerste belastet.

Unter den fünf ungarischen Angeklagten befinden sich ein katholischer Geistlicher und eine Baronin, die gleichfalls in vollem Umfange ihre Spionage- und Sabotagetätigkeit gegen die Volksdemokratie Ungarn eingestanden.

Die Zeugenaussagen bestätigten in jedem Punkte die Geständnisse der Angeklagten.

Die „Standard Electric Company“ in Budapest war als Handelsabteilung nur ein Spionagebüro, das über die amerikanische Gesandtschaft verschlüsselte Dokumente aus dem Lande schaffte. Zwecklose Planungen wurden zur Drosselung der Produktion angefertigt und in Hunderte Millionen gehende Sachschäden verursacht.

Der Staatsanwalt forderte für alle Angeklagten die Höchststrafe gemäß der begangenen Verbrechen.

Durch diplomatische Einschüchterungsversuche, genau wie in dem polnischen Gobein-Prozeß, wollte man von anglo-amerikanischer Seite die Durchführung des Prozesses verhindern. Die Regierung der ungarischen Volksdemokratie hat sich nicht einschüchtern lassen und rücksichtslos dem anglo-amerikanischen Spionagedienst das Handwerk gelegt.

## Minister für Staatssicherheit in der DDR ernannt

Berlin. (Eig. Ber.) Nachdem durch das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet worden ist, wurde der Chef der Hauptverwaltung Ausbildung, Wilhelm Zäbner, als Minister für dieses neue Ministerium berufen. Erich Mielke tritt als Staatssekretär in das Ministerium für Staatssicherheit ein.

## Von der Handwerkelei zur politischen Massenarbeit

Von Julius Schätzle

Bei der Diskussion über die Beschlüsse der 14. Tagung des Parteivorstandes und des 1. Landesparteitages Württemberg-Baden, bekommt man sehr oft die Antwort: „In unserer Ortsgruppe herrscht absolute Klarheit, bei uns fehlt nur die Aktivität der Genossen. Die gesamte Arbeit ruht bei uns auf den Schultern von wenigen Genossen.“

Tatsächlich kann man feststellen, daß in solchen Gruppen den Dokumenten der Partei ohne große Diskussion vorbehaltlos zugestimmt wird. Eine solche politische Oberflächlichkeit wird dann als Zustimmung und Stärke ausgelegt. In Wirklichkeit verstecken sich gerade in solchen politisch schwachen Gruppen bei allem guten Willen und Treue zur Partei viele Unklarheiten, Schwächen und Vorbehalte. Dies geht dann soweit, daß sich die Genossen in rein handwerkliche Kleinarbeit verlieren, oder gar um sich vor einer klaren Entscheidung zu drücken. den Mitgliederversammlungen fernbleiben. Man vergißt dabei völlig, daß es nicht nur darauf ankommt einer Resolution zuzustimmen, sondern vor allem daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Meistens sind in solchen Gruppen, manchmal aber auch in Kreisleitungen, nur einige treue und aufopferungsvolle Genossen, die die gesamte Arbeit der Partei übernehmen. Sie organisieren Versammlungen, kleben Plakate, verteilen Flugblätter, kassieren die Beiträge, werden für die Presse und erledigen noch viele andere, für die Partei absolut notwendige Dinge. Oft sind dieselben Genossen noch Gemeinderäte und Funktionäre in den Gewerkschaften und den Sportorganisationen und erledigen auch dort dieselbe intensive Kleinarbeit.

Auf der letzten Sitzung des Landesvorstandes konnte ein Kreissekretär gar nicht begreifen, daß er trotz seiner unermüdlichen Tätigkeit kritisiert wurde. In diesem Kreis hatten die Genossen tatsächlich manche guten Arbeiten erledigt. Sie bauten u. a. sich aus eigener Kraft ein eigenes Parteilokal und betätigten sich als „Rechtsanwalt“ der Arbeitslosen und Ausgebombten und halfen

allen, die zu ihnen um Hilfe kamen. Sie vergaßen aber völlig, daß die Partei ohne eine klare theoretisch-ideologische Frontstellung in dieser Kleinarbeit ersticken muß und über die Handwerkelei nicht hinauskommen kann.

Der Krankheitsherd einer solchen Ortsgruppe liegt nicht bei der Passivität der Genossen. Die Passivität ist vielmehr die Folge ideologischer Unklarheiten und des mangelhaften politischen Lebens und kann deshalb mit organisatorischen Maßnahmen allein nicht überwunden werden.

„Die Partei ist Instrument der Arbeiterklasse, in ihrem Kampfe gegen die Ausbeutung und Unterdrückung. Die Kommunistische Partei ist kein Selbstzweck, sie ist das Instrument, die Waffe des Proletariats im Kampfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung, ist Konzentration, Zusammenballung der Kräfte des Proletariats.“ (Resolution des P. V.)

Diese kurze und prägnante Charakterisierung, wie hier in der Resolution festgehalten wurde, zeigt jedem Genossen und jeder Parteieinheit die Rolle unserer Partei. Die objektiv günstigen Voraussetzungen in Westdeutschland können nur ausgewertet werden, wenn der subjektive Faktor, die Partei, ihrer historisch bedingten Führerrolle gerecht wird. Es darf im Leben kein Problem geben, zu dem wir nicht öffentlich Stellung nehmen und um eine dem Interesse der werktätigen Bevölkerung gerecht werdende Lösung kämpfen. Nur durch die direkten politischen Aktionen können wir die Passivität der Parteimitglieder überwinden und den Einfluß unter den Massen stärken. Um allseitig die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, muß die Partei, indem sie in erster Linie den politischen Kampf führt, gleichzeitig den täglichen Kampf für die sozialen und ökonomischen Interessen der breitesten werktätigen Massen führen, weil das Leben, die Not und die Sorgen der Arbeiterklasse — das Leben, die Not und die Sorgen unserer Partei sind.“ (Resolution des P. V.)

Dieser tägliche Kampf spielt sich auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens ab. An-

gefaßen vom Betrieb über die Gemeinden, des Landes, Gesamtdeutschlands bis zu den internationalen Auseinandersetzungen um die Erhaltung des Friedens. Erfolgreich können diese Kämpfe aber nur werden, wenn wir die Probleme aus den Sitzungen der Betriebsräte, Gemeinderäte und des Landtages vor die gesamte Bevölkerung bringen. Die Partei muß der führende und treibende Faktor sein. Gelöst können die Aufgaben aber nur mit der gesamten Arbeiterklasse werden.

Die Verbindung des Kampfes der Stuttgarter Gemeinderatsfraktion gegen die Erhöhung des Straßenbahntarifes, mit öffentlichen Versammlungen, durch Flugblätter und Protestschließungen aus den Betrieben, oder die Protestbewegung der Ulmer Organisation gegen die Terrorisierung der Ulmer Bevölkerung durch die DP's, vor allem aber der erfolgreiche Streik der Daimler-Benz-Arbeiter in Mannheim um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte sind einige gute Beispiele.

In der Beratung des Informationsbüros im November 1949 machte der Genosse Suslow richtunggebende Ausführungen über die zentrale Aufgabe aller Kommunisten, indem er erklärte: „Für die Vereinigung der breitesten Schichten der Bevölkerung im Kampf, für den Frieden müssen die verschiedensten Formen und Mittel angewandt werden, darunter Massendemonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen, die Eingabe von Petitionen und Protestschreiben, die Befragung der Bevölkerung und die Bildung von Friedensausschüssen in Stadt und Land, wie das beispielweise in Italien und Frankreich weitgehend getan wird. Die Kräfte des Friedens und in erster Linie die kommunistischen Parteien müssen sich dafür einsetzen, daß jedes Auftreten der Provokateure eines neuen Krieges einem Widerstand in den allerersten Stadien entgegen begegnet, einschließlich des Massenboykotts von Filmen, Zeitungen, Büchern, Zeitschriften, Rundfunkgesellschaften, Organisationen und Politikern, die den Krieg predigen.“

andere Völker eintritt, oder wer Pläne entwirft, sich an einer Verbindung beteiligt oder Maßnahmen trifft, die vom Bundestag nicht gebilligt sind und einen Krieg vorbereiten sollen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer ohne eine gesetzlich zulässige Genehmigung der Bundesregierung zur Kriegsführung geeignete Waffen entwickelt, herstellt, befördert oder in den Verkehr bringt . . .

Die bewußt verlogene Kapitelüberschrift „Vorbereitung für einen Krieg“, die vorspielen soll, daß der § 12 Aufriistung und Angriffsverabredung unter Strafe stellt, gibt in Wirklichkeit dem Bundestag (mit Hedler, Euler, Richter, Leuchgens und anderen Faschisten und Militaristen als „Mehrheit“ ausdrücklich das Recht, entsprechende Maßnahmen zu treffen! In Ziffer 2 wird darüber hinaus der Bundesregierung (und jeder weiß, wie diese aussieht) das Recht zugesprochen, die „Genehmigung“ zur Aufriistung an die Krupp, Thyssen, Stinnes & Co. zu erteilen!

Muß nicht ein Sturm der Entrüstung diesen schmachvollen Gesetzentwurf und die für ihn Verantwortlichen hinwegfegen? Kann irgendein Sozialdemokrat, Gewerkschaftler oder bürgerlicher Demokrat einen solchen unerhörten Anschlag auf den Frieden des deutschen Volkes untätig hinnehmen? Muß nicht endlich untersucht und öffentlich klargestellt werden, was es damit auf sich hat, daß ausgerechnet Dr. Schumacher den westdeutschen Faschisten und Kriegstreibern auf diese Weise die Bälle zuzuspielen versucht und daß „rein zufällig“ das Besatzungsblatt sich veranlaßt sieht, die Propagandatrommel für dieses Spiel zu rühren?

Die aufgeführten Auszüge aus dem SPD-Entwurf, der besser als „Gesetz zum Schutz der Feinde der Demokratie“ überschrieben würde, dürfte genügen. Es ist überflüssig, jeden Satz zu zerpfücken, denn jeder einzelne der 17 Paragraphen enthält in derselben scheinheiligen Verklammerung wie die von uns zitierten Bestimmungen einen Widerspruch, mit dessen Hilfe die faschistenfreundliche Adenauer-Justiz die Unterdrückung der Werktätigen und die Vorbereitung einer westdeutschen Soldatenarmee unter ihren besonderen „Schutz“ nehmen kann. Unnötig zu sagen, daß die Adenauer-Richter die Erlaubnis bekommen sollen, jede Zeitung zu verbieten — und daß ihnen witzigerweise auch der Schutz der Ehre der Widerstandskämpfer übertragen wird etc. etc. . . . Jeder denkende Mensch kann sich noch daran erinnern, wie Kommunisten, Sozialdemokraten, katholische Gewerkschaftler und bürgerliche Demokraten vor 1933 mit derartigen Paragraphen durch „demokratische Richter“ eingesperrt worden sind, während die Goebbels, Streicher, Göring und Röhm allen Strafgesetzen Hohn lachen konnten.

Es gibt nur einen Schutz gegen die Feinde der Demokratie (zu denen doch bis zum heutigen Tag die Mehrheit der westdeutschen Justiz gehört): Das ist das Zusammenstehen der werktätigen Massen, die einen Kapp, einen Cuno zum Teufel gejagt haben und die Herren Hedler, mitsamt Herrn Adenauer zum Teufel jagen können, sobald sie die Schumacherschen Gesetzentwürfe in den Paplerkorb werfen und sich zur Verteidigung ihrer Rechte, der Rechte der gesamten deutschen Demokratischen Republik zusammenschließen.

## Randbemerkungen

Es gibt noch Richter!  
Ganz Europa wundert sich nicht wenig, welche ein neues Reich in Adenauers Reich entstanden ist. Eine Welle der Begeisterung erfaßt alle waschechten und mit May-Meyer-Maier-Persil gesäuberten Dollar-Demokraten bei dem Freispruch Hedlers. Ihre „Demokratie“ wurde verteidigt, ihr „Rechtsstaat“ wurde gerettet. Die „Ehrfurcht vor dem Recht“ forderte einer jener Ermächtigungsdemokraten, dem die Ehrfurcht vor dem Menschenleben, die Ehrfurcht vor dem Opfer-tod vieler Millionen vom Nazismus bestialisch hingeschlachteter Menschen nichts bedeutet, wie seinem Gesinnungsgenossen Hedler. Diesem Euler-Gekrächz von der Ehrfurcht vor dem Recht fügte ein verblenderter Meerkatz das Gekreisch: „Hut ab vor einem deutschen Richter“ hinzu. So sagten sie auch, als diese gleiche Justiz mit ihrem Potempa-Urteil ihren Einzug in Deutschland hielt. Mit „Hut ab“ begann es auch damals und es endete mit „Kopf ab!“

Seid „klug“ wie die Schlange-Schönlingen  
Unser verflorenener Kalorien-Zuteiler Schlange-Schönlingen läßt durchblicken, daß er die Berufung als Generalkonsul nach USA annehmen werde, was ja auch zu erwarten war. Überraschend kommt aber die in diesem Zusammenhang von Schlange-Schönlingen abgegebene Erklärung, daß „die deutsche Wirtschaftspolitik nun einmal in den USA gemacht werde“. Mit einem solchen Zynismus ist das Kolonialverhältnis Westdeutschlands zu den USA bisher allerdings noch nicht zugegeben worden. Was Schlange-Schönlingen unter diesen Umständen in Washington zu suchen hat, ist unverständlich, da ja Wallstreet seine Befehle für die Wirtschaft seiner deutschen Kolonie direkt an seinen Statthalter in Westdeutschland erteilt. Oder will Schlange auch „Souveränität“ mitmen wie seine ehemaligen Kollegen in Bonn?

Warte nur, balde . . .  
Um Schlange-Schönlingen soll es übrigens ein heftiges „Geriß“ zwischen London und Washington gegeben haben. London soll sogar die Absicht gehabt haben, Einspruch zu erheben, da man Schlange-Schönlingen selbst als konsularischen Vertreter nach London haben wollte. Während dieses Kulissen-spiel nun zugunsten des Dollars entschieden wurde, tobte noch der Kampf um den Bayern-partei-Führer Dr. Seelos als konsularischer Vertreter in Paris. Frankreich möchte natürlich auch einen zuverlässigen Vertreter seiner Interessen als deutscher Vertreter haben. Die militärischen Mitarbeiter Hitlers müssen recht neidisch sein darüber, wie man sich schon wieder im Ausland um ihre Kollegen von der diplomatischen Fakultät reißt. Sie mögen nur noch einige Zeit Geduld haben. Auf die deutschen konsularischen Vertreter werden bald die deutschen Botschafter und Gesandten folgen und dann werden auch bald wieder Militärattachés gebraucht. Dann wird auch die Zeit für die Halder, Remer usw. gekommen sein und dann wird sich auch Skorzyn wieder zur Stelle melden. Man kann doch solche anerkannten Talente nicht ungenutzt verkümmern lassen.

# Wo die Maritza Schäumt

Wenn jemand eine Reise tut, so kann er viel erzählen! Und was erzählte uns ein Reisender, so um 1937 herum, von Bulgarien?

Es sei ein herrliches Land! — so ungefähr konnte man es erfahren. Kaum eines habe er gesehen, das so viel schöne Mädchen besitze wie jenes, durch welches die muntere Maritza schäumt; die Weinlese mit ihnen sei genau so lustig, wie wenn man einer Flasche ihres süffigen Bulgarenweines den Hals breche. Und die Nationaltracht, die so wenig Kostüm ist! In ihrer leuchtend bunten, harmonischen Schönheit suche sie ihre Gleichen auf dem ganzen Balkan.

Rieche einmal, lieber Besucher, in diese Flasche hinein, die den süßen Duft der bulgarischen Landschaft mit ihren bewaldeten Hügeln und engen Felstälern, den reißenden Flüssen und tiefen Seen, den ungemünzten fruchtbaren Becken und weiten Ebenen einschließt: Rosenöl. Dieser Flakon voll kostbarsten ätherischen Duftstoffes ist mindestens so wertvoll wie einer, der mit dem Extrakt der Rosen aus den hängenden Gärten der Semiramis gefüllt ist, selbst wenn ihn eine Tochter des Schahs von Persien eigenhändig verschlossen hätte. Ueber das bezaubernde Aroma bulgarischer Tabake braucht der Reisende nicht zu berichten, denn davon lobpreisen die Zigarettens-Kleber in allen Weltzeitungen laut genug.

Man hörte von der Unberührtheit der Landestelle Bulgariens, die abseits der großen Heerstraßen liegen, wo Ackerbau und Hausindustrie in alten Formen betrieben werden

land stürzten und das Volk um die Verfassung betrogen, die es sich im fortschrittlichen Geist gegeben hatte. Die feudalistische Königsclique herrschte vor allem mit der Hetze gegen die nationalen Minderheiten — Türken, Armenier, Juden, Zigeuner — nach dem Grundsatz: teile und herrsche. Als 1923 der Bauernbund und die Kommunistische Partei Bulgariens 80 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigten und zur Bildung einer gemeinsamen Regierung schritten, inszenierte die Reaktion einen Militärputsch. Mazedonische Soldateska erschlug die Führer des Volkes und knebelte die Freiheit; die folgenden 21 Jahre sahen 85 000 der Besten des Sechsmillionenvolkes ermordet und anderthalb Millionen hinter Kerkergrittern. Des Volkes Freiheitskampf leitete Georgij Dimitroff, der Selbstlose, Kühne und Unvergene.

Die Niederlage des Hitlerimperialismus war auch die Niederlage seiner faschistischen Helfershelfer in Bulgarien. Mit dem Einmarsch der siegreichen Sowjetarmee nahm Bulgariens Volk sein Geschick in die eigenen Hände. Der Aufbau der Volksrepublik Bulgarien ergriff ein Rausch Bulgariens Volk. Die Leica unseres Globetrotters würde erstaunt das Blinkern bekommen ob der „Reize“, die das neue Leben hervorbringt. Antike Motive erhalten Seltenheitswert, legen doch sogar die Frauen der nationalen Minderheit der 680 000 Türken ihren Gesichtsschleier ab.

Desto reizvoller sind die Bilder der planvollen, freien Arbeit; so, wenn die Jugend Bulgariens in den blauen Kitteln der „Brigadiere“ die Industriestadt Dimitroffgrad an den Ufern der Maritza erbaut, die nach Abschluß des Fünfjahresplans 1954 an 50 000 Einwohner zählen wird. Für die türkischen Kinder richtete der Staat fast 1000 Schulen ein. 200 Türken besuchen bulgarische Universitäten. Die nationale Minderheit der Zigeuner von 145 000 Menschen gründete vor einem halben Jahre in Sofia ein eigenes Theater — das zweite Zigeunertheater der Welt — und die Regierung der Vaterländischen Front bewilligte hierfür einen Zuschuß von 3 Millionen Lewa. Ob Mann, ob Frau, gleich welcher nationalen Minderheit sie angehören — im neuen Bulgarien herrscht volle Gleichberechtigung für alle und jeden.

Die Volksmacht in Bulgarien gewährleistet dem Volk nicht nur Recht und Freiheit, sie ist bestrebt, alles zu tun, um die Lebenslage der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Handwerker und der schaffenden Intelligenz zu verbessern, ihr materielles und kulturelles Niveau zu heben. Von der Sozialversicherung sind 3,1 Millionen Menschen erfasst. Die besten Kurorte des Landes stehen den Arbeitern und Bauern zu ihrer Erholung zur Verfügung. Der Wohnbau wird ausgedehnt — in zwei Jahren sind für diesen Zweck 5,1 Milliarden Lewa verausgabt worden.



In Kurlio entsteht eine hochmoderne Elektrozentrale

Die Geißel Bulgariens ist die Dürre. Der Fünfjahrplan veranschlagt große Bewässerungsarbeiten unter Ausnutzung der Donau, ferner die Anlage von felderschützenden Waldgürteln sowie Trockenlegung der Sumpfniederungen, die gefährliche Malariaabrutstätten sind. Das Hauptbewässerungssystem wird zwischen den Donaustädten Ni-

kopol und Switschow, Russe und Tutrakan angelegt; damit werden an 30 000 ha Dürreländereien der Dobrudscha und der Donaubene das fruchtspendende Naß erhalten.

Der Eisenbahnzug, der Bukarest mit Burgas, Bulgariens Hafen am Schwarzen Meer, verbindet, wird kaum wieder einen Globetrotter alten Stils sehen. Dafür aber wird in den kommenden Jahren mancher Werk-tätige, auch mancher Bürger der Deutschen Demokratischen Republik seine Leica zücken, wenn die ab 1953 elektrifizierte Lok den 1010 m hohen Balkanpaß im 90-std/km-Tempo nimmt und dann in die Täler des Südbalkans jagt. Der Film wird das Tal der Tunja raffen, Heimat der berühmten Kasanlykrose, die auf Tausenden von Hektar der bulgarischen Volkswirtschaft das kostbare Rosenöl liefert. Unvergänglich wird dem Reisenden der trunkenen, würzige Duft der vollen Blüten bleiben, deren Stecklinge ein Geschenk ukrainischer Kolchosbauern sind, weil Deutschlands Faschisten 1943 die seit Generationen gezogenen Pflanzen zu roden befahlen, um Mais zur Schweinemast wachsen zu lassen.

Die ukrainischen Stöckchen schlugen Wurzeln in bulgarischer Erde; im vergangenen Herbst schon konnten die schönen Mädchen des lachenden Tales die duftenden Blüten-

## Auf zum Deutschlandtreffen der Jugend

blätter in ihre Weidenkörbe sammeln. Der volksdemokratische Staat gab den Rosenbauern Mineraldünger, Maschinen und Kredite, für das laufende Jahr 1950 allein über 300 Millionen Lewa. Der Erfolg blieb nicht aus: man erntete Sommers um 80 Prozent mehr, als je eines der früheren besten Jahre brachte. Die Rosen des Tunjates sind Symbol für das neue Bulgarien, das brüderlich mit der Sowjetunion und den benachbarten Ländern der Volksdemokratie verbunden, freudig dem neuen Aufschwung und einem neuen Leben entgegenstreitet.

Hein But



Reiche Tomatenernte in den Gemüsegärten der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Dorfe Slatina

## Terror der Titofaschisten

ab und wurde für einige Stunden eingesperrt. Am nächsten Tag machte er mir einen neuen Vorschlag: ich sollte mich auf einer Konferenz öffentlich von meinem Mann los-sagen. Er drohte, man werde mir mein Kind wegnehmen und es in einem Heim zu einem guten Tito-Anhänger erziehen. Ich lehnte ab, worauf er mich aus dem Büro hinaus-warf.

Kurz darauf rief man mich wieder zur VDB. Ich sollte verraten, durch wen ich die angebliche Verbindung mit meinem Mann aufrecht erhielt. Als ich diese unverschämte Idee kategorisch ablehnte, schlug mich der VDB-Offizier Stanko Kostic, bis ich zu Boden fiel. Man sperrte mich von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends ins Gefängnis. Ich durfte nicht einmal dem Kind zu Essen geben. Dann wurde ich mit Gewalt gezwungen zu unterschreiben, daß ich über meine Erlebnisse bei der VDB schweigen werde.

In meiner Verzweiflung über den Terror der Tito-Banditen, die mich jeden Morgen und Abend zur inneren Abteilung trieben, wo ich mich melden mußte, entschloß ich mich, nach Bulgarien zu fliehen. Der Versuch mißlang. Gemeinsam mit zwei anderen Familien wurde ich mit dem Kinde 4 Tage lang ohne Nahrung in einer kalten Einzelzelle gehalten. Aus dem Gefängnis wurde ich ins Krankenhaus geschickt, da mein Kind

ernsthaft erkrankt war. Im Gefängnis sah ich, wie man eine Schülerin brachte; sie war erschöpft, ihre Kleider zerrissen, Blut floß ihr aus Nase und Ohren.

Die Qualen, denen die Opfer der Tito-Banditen ausgesetzt werden, sind schrecklich. Die Familien von revolutionären politischen Emigranten stehen unter ständiger Kontrolle und sind den andauernden Verfolgungen der VDB und ihrer Helfer ausgesetzt. Die Familien der Mihailovic-Politisten und anderer Faschisten, die vor Kriegsende nach dem Westen entflohen, um der Strafe des Volkes zu entgehen, erhalten dagegen Geld-unterstützungen.

Endlich gelang mir die Flucht nach Bulgarien. Jetzt kann ich jedem sagen, welche Vergehen die Tito-Leute an unschuldigen Frauen und Kindern nur deshalb verüben, weil sie sehen, wie sie den Boden unter den Füßen verlieren und wie sie in den Abgrund stürzen.

Die Tito-Banditen, die Verräter des jugoslawischen Volkes, stehen immer isolierter, und die überwiegende Mehrheit des Volkes verachtet sie immer stärker. Es hilft ihnen kein Terror. Mit jedem neuen Verbrechen nähern sie sich nur immer mehr der gerechten Strafe, der keiner von ihnen entgehen wird.

(Aus „Rude Pravo“ vom 7. 1. 50.)

## Die Praxis des Medizin-Studiums in der Sowjetunion

Die Ausbildung des Mediziners in der Sowjetunion dauert nach einer Mitteilung der „Wiener Medizinischen Wochenschrift“ (1948, Nr. 47) sechs Jahre. Etwa in der Mitte des Studiums ist ein Monat Militärdienst in einem Spital vorgeschrieben, damit sich die Studierenden in der Klinikpflege ausbilden können. Nach dem vierten Studienjahr versehen sie zwei Monate den Dienst eines Hilfsarztes in einem Bezirksspital. Die Pflichtvorlesungen umfassen nicht nur die reinen medizinischen Fächer, sondern auch allgemeine Gebiete, wie Philosophie und Literatur. Der Mediziner, der seine Studienjahre und seine Prüfungen absolviert hat, erhält den Titel Arzt.

Der Dokortitel erfordert ein besonderes Studium und besondere Prüfungen. Ihm geht der Grad eines Kandidaten der Wissenschaft voraus, der erteilt wird, wenn der Kandidat eine Dissertation vorgelegt und in einer öf-

fentlichen Sitzung verteidigt hat. Zur Erlangung des Dokortitels ist eine selbständige Forschungsarbeit vorzulegen.

Zur Erlangung eines Lehrstuhles ist ein dreijähriges klinisches Studium erforderlich. Wird eine Klinikstelle frei, so wird unter den Kandidaten durch einen Wettbewerb entschieden, wer diese erhält. Mittellose Begabte können jederzeit studieren, da für sie Stipendien zur Verfügung stehen.

Alle Aerzte sind Staatsangestellte, die Privatpraxis spielt keine große Rolle, sie ist aber möglich. Sehr großartig ist für die Fortbildung der älteren Aerzte gesorgt. Jeder Arzt erhält nach fünf Jahren auf Kosten des Staates einen halbjährigen Urlaub mit vollen Gebühren und bezieht während dieser Zeit außerdem ein Stipendium. In Moskau dient zum Beispiel die Botkin-Klinik der ärztlichen Fortbildung.

## Der Fall Westerling

Ende Januar hatte die bürgerliche Presse ihre Sensation. Der ehemalige Hauptmann der holländischen Kolonialarmee in Indonesien, Westerling, führte einen „Privatkrieg“ in Indonesien und war in Bandung eingedrückt. Wir deuteten bereits in unserer Ausgabe vom 25. Januar auf die Zusammenarbeit der holländischen Kolonialherren mit Westerling hin. Heute sind wir in der Lage, unseren Lesern einen Bericht aus „De Waarheid“, dem Zentralorgan der holländischen KP zu bringen, der die Zusammenhänge um Westerlings „Privatkrieg“ aufdeckt. Die Zeitung schrieb am 25. Januar in einem Kommentar:

Der Fall Westerling hat der Bevölkerung der Niederlande noch einmal eingepreßt, daß der Krieg in Indonesien weitergeht. Daran können auch die Wagonladungen vollgeschriebenen Papiers von der Konferenz am runden Tisch nichts ändern.

Wenn die Zeitungen plötzlich die Furcht aussprechen, daß die Partisanen der Demokratischen Front unter Führung der Kommunisten, und die Streitkräfte des Darul Islam die gegenwärtigen Ereignisse als ein Zeichen zum Beginn erneuter Aktivität betrachten würden, dann erkennen sie lediglich einen lang entthüllten Zustand. Die Partisanen kämpfen nämlich weiter, aber auf hohen Befehl wird ihr Auftreten verschwiegen. Man spricht allein über das theatrale Auftreten des Banditen Westerling. Uebereinstimmend suchen die Regierung Drees und die Regierung Hatta den Ein-

druck zu erwecken, als ob sie Westerling als „den“ großen Feind betrachten. Mit Entrüstung wird sein Auftreten verurteilt. Hatta erachtete es selbst für nötig, auf seinen ersten Haftbefehl noch einen zweiten folgen zu lassen. Aber als er ihn verhaften konnte, nämlich als Westerling in Bandung eindrang, machten sich seine Kommandanten höflichst aus dem Staube.

Was muß man bei dieser Angelegenheit im Auge behalten?

1. Nachdem Westerling 20 000 bis 40 000 Einwohner von Süd-Celebes niedergemacht hatte, wurde unter dem Druck der niederländischen Bevölkerung und vor allem auf die Initiative der Kommunistischen Partei der Niederlande eine Untersuchung durch die Regierung eingeleitet. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind vernichtet worden. Auf Befehl Drees wurden sie deshalb auch niemals publiziert. Westerling wurde nicht verhaftet und nicht als Kriegsverbrecher behandelt. Er wurde zum Kommandanten von Batavia befördert, wo er noch einmal Gelegenheit fand, indonesische Schulkinder zu morden.

2. Danach gaben die niederländischen Behörden ihm die Erlaubnis, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Der Massenmörder gründete ein Transportunternehmen. Ein-einhalb Jahre lang durch fuhr seine Autos ganz Java. Die „Chauffeure“ beförderten eine besondere Fracht und sammelten geheime Angaben... für den britischen Spio-

nagedienst und verwandte Gruppierungen in den Niederlanden.

3. Wir stellen auf Grund des Vorhergehenden fest, daß die Regierung Drees für die gegenwärtigen Ereignisse die volle Verantwortung trägt. Sie hat sich geweigert, Westerling seinen Richtern zu übergeben, als es notwendig war.

4. Die Verantwortlichkeit der Regierung Drees geht auch aus vielen anderen Tatsachen hervor. Die Aktion Westerling ist nicht unerwartet gekommen, schrieb der „Maasbode“ gestern. In der Tat, alle Eingeweihten waren auf der Höhe. Sie wußten auch, weshalb Westerling sich in Pasundan festgesetzt hatte. Nämlich, weil Wiranata, das „Staatshaupt“ von Pasundan, durch die niederländische Regierung eingesetzt, als der am meisten vertrauenswürdige niederländische Agent betrachtet wurde. Ohne Widerstand zu finden, ja mit Unterstützung der niederländischen Garnison von Bandung, die Berichten zufolge 30 000 Mann stark ist, konnte Westerling seine KNIL-Banditen (Offiziere der Königlich-Niederländisch-Indische-Armee) dort für die Offensive sammeln.

5. Die Verantwortlichkeit der Regierung Drees geht ferner aus dem Auftreten des Generalmajors Engles hervor, der nebenbei bemerkt als Haupt der niederländischen Militärmission im RIS genannt wird. Anstatt den Auftrag zu geben, Westerling lebend oder tot zu fangen, verhandelte Engles mit ihm und trat selbst als Laufjunge des „Turk“

auf, wie Reuter aus Aneta berichtete. Ihm ist nicht einmal der Befehl gegeben worden, sich zu melden.

6. Die Verantwortlichkeit fällt auch den Gerbrandys, Gerretsons und Welters zu. Das sind die Zucker- und Gummibarone, mit denen Westerling auf bestem Fuße steht. Es sind die englisch gesinnten Reaktionäre bis in die höchsten adligen Kreise, mit denen er in Kontakt steht. Die Frage muß gestellt werden, wer ihm die 400 000 Gulden gegeben hat, die er nach seinen Angaben empfangen hat.

7. Warum hat die regierende Reaktion bis heute nichts gegen den Banditen Westerling unternommen? Weil sie ihre Lakaien gegeneinander hetzt nach der alten Teile- und Herrsche-Methode. Weil sein „Privatkrieg“ ihr zustatten kam. Wir erinnern daran, daß nach der Konferenz am runden Tisch Schwierigkeiten entstanden sind im Zusammenhang mit der Einreihung von KNIL-Offizieren in die RIS-Armee. Man hofft, durch die Westerling-Aktion es Hatta deutlich zu machen, daß er sich sehr beileben muß bei der Uebertragung von Kommandoposten in der RIS-Armee an die anderen Westerlinge. Das künftige Schicksal eines Westerling spielt dabei übrigens keine Rolle. Das beweist lediglich, daß die Sache nach englischem Muster eingefädelt ist. (Siehe „Aufstände“ in Syrien, Indien und so weiter.)

8. Warum hat die UNCI-Kommission sich bis jetzt reserviert verhalten, die sonst immer die erste ist. (Siehe Punkt 7!)

9. Weshalb hat man den Massenmörder bis jetzt nicht anders behandelt? — so wie es weiter oben dargelegt ist? und warum wer-

den die Schoonhoven-Jungs bedroht? (Schoonhoven-Jungs) — Junge Leute, die, zum Militärdienst eingezogen, dazu bestimmt waren, nach Indonesien zu gehen, um dort am Kriege gegen das Volk von Indonesien teilzuhaben, und die den Gehorsam verweigerten, d. Red.) in die Zelle gesteckt und zu langdauernder Gefängnisstrafe verurteilt? Weil das Auftreten der Schoonhoven-Jungs eine wirkliche Gefahr für die niederländische Reaktion und ihre Kriegspläne ist, während Westerling der Vorkämpfer ihrer Klasseninteressen ist.

10. Die Angelegenheit Westerling hat aufs neue die ganze hoffnungslose Lage der Kolonialreaktion enthüllt, die sich solcher Faschisten als letztes Heilmittel bedient.

Der „Maasbode“ erklärt, daß die niederländische Armee gegen ihre eigenen Kameraden (Westerling) kaum wird eingesetzt werden können. Andererseits, wenn die TNI eingesetzt wird, dann ist der Bürgerkrieg im Gange. Die Kolonialreaktion hat sich selber in ein Pulverfaß gesetzt, und die nationale Freiheitsbewegung wird dieses Pulverfaß zur Explosion bringen.

11. Gerade in diesem Augenblick liest man in der Presse optimistische Berichte über eine beschleunigte Demobilisierung. Es geht dabei jedoch um Soldaten, die drei Jahre und länger im Dienst sind, während fortgesetzt neue hinzukommen. Jetzt droht die Gefahr, daß die Demobilisierungspläne wieder einmal beiseite geschoben werden, und die Truppen erneut länger in Indonesien bleiben sollen.

Deshalb muß der Kampf für die sofortige und vollständige Zurückziehung der Truppen mit verdoppelter Kraft fortgesetzt werden. F. B.

### Ortsgruppen! Rechtzeitig Werbezeitungen bestellen!

Am Sonntag, den 26. Februar, findet in ganz Nordbaden ein

### Werbesonntag

für das „Volksecho“ statt. Genosse! Genossin! Die Werbung für Deine Zeitung ist Deine wichtigste Parteiliste, denn mit ihr trägst Du unser Wollen und unser Gedankengut weit über die Parteikreise hinaus. Leiste auch Du Deinen Anteil bei dieser Werbung!

### Erste Anklageschriften fertiggestellt

Vermittlungsbüro May-Meyer & Co. schwer beschuldigt Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat am Freitag der Großen Strafkammer des Landgerichts Stuttgart die Anklageschriften gegen den ehemaligen Kläger bei der Zentralspruchkammer Ludwigsburg, Heinz May, den ehemaligen Spruchkammervorsitzenden Richard Kessler und den ehemaligen Leiter des Nürtinger „Vermittlungsbüros Meyer“, August Meyer, zugeleitet. May und Kessler werden der schweren passiven Bestechung und Kessler außerdem der Rechtsbeugung angeklagt. August Meyer wird der aktiven Bestechung, der Anstiftung zur Rechtsbeugung, der Aufforderung zur Begehung von Verbrechen und der Abgabe falscher eidesstattlichen Versicherungen beschuldigt. Ferner hat die Staatsanwaltschaft gegen den Oeffentlichen Kläger Dr. Felix Schwerdel in Ludwigsburg Anklage wegen schwerer passiver Bestechung erhoben.

### Für Freiheit und Frieden: Pfingsten 1950 nach Berlin!

Wie die Staatsanwaltschaft bekannt gibt, konnten die Untersuchungen gegen den ehemaligen Leiter des Organisationsbüros beim württembergisch-badischen Befreiungsministerium, Andreas Rapp, noch nicht abgeschlossen werden, da gegen Rapp weiteres Belastungsmaterial vorgelegt worden ist. Rapp bleibt weiter in Untersuchungshaft. (twb)

## Teilweise Herabsetzung der Erziehungsbeihilfen

### Unsoziale Handlungsweise gegenüber der lernenden Jugend

Mannheim. -qu- Seit Monaten schon führen die Gewerkschaften im Namen der Lehrlinge einen erbitterten Kampf mit dem Handwerk um die Erhöhung der Erziehungsbeihilfe. Nunmehr hat dieses Problem eine empfindende Wendung erfahren.

Das Wirtschaftsministerium von Württemberg-Baden hat in Verbindung mit dem Arbeitsministerium dem fortgesetzten Drängen der Handwerkskammern nachgegeben, die seit der Festsetzung der neuen Sätze für Erziehungsbeihilfe im August 1949 dagegen Sturm gelaufen sind, und die Herabsetzung der Erziehungsbeihilfe für Lehrlinge in bestimmten Handwerkszweigen verfügt. Darunter fallen folgende Handwerksgruppen: Bekleidungs- (Herrenschneider, Damenschneider und -schneiderinnen, Wäscheschneiderinnen, Putzmacherinnen), Drechsler, Holzbildhauer, Friseur, Gold- und Silberschmiede, Schmiede und Schuhmacher.

In allen diesen Branchen wurde die Erziehungsbeihilfe im ersten Lehrjahr von 35 auf 30 DM gekürzt. Für Lehrlinge im zweiten Lehrjahr reduzierte sich der Satz von 45 auf 40 DM. Die Erziehungsbeihilfe für das dritte Lehrjahr hat bis heute noch keine Aenderung erfahren. Die Bestimmung tritt ab sofort in Kraft. Sie ist vorläufig befristet. Ende 1950. Was im Jahre 1951 dann geschieht, ist noch nicht vorzusehen.

Als Hauptargument für die Durchsetzung der Senkung führte das Handwerk hauptsächlich den allgemein schlechten Geschäftsgang ins Feld. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es eine Unmöglichkeit ist, wenn man in Handwerkskreisen die Meinung vertritt, man könnte sich auf diese Art und Weise wirtschaftlich sanieren, wo doch die wahren Ursachen der Krise auch beim Handwerk wie in der Industrie auf die Wirtschaftspolitik Adenauers zurückzuführen ist, die sich in der fehlenden Kaufkraft der Massen, der Verteuerung der Rohstoffe, der überhöhten Steuer usw. ausdrückt. Nur durch den gemeinsamen Kampf von Handwerkern und Arbeitern gegen dieses vom ausländischen Monopolkapital abhängige Wirtschaftssystem wird es wieder möglich sein, dem Handwerk einen gesunden Boden zu bereiten.

Es ist schwerwiegend, daß das Wirtschafts- und Arbeitsministerium Entschlüsse von solch weittragender Bedeutung selbständig und ohne Hinzuziehung des Landtags faßt.

Dieser unsoziale Schritt ist um so einschneidender, da es den Kindern minderbemittelter Eltern, vielen Flüchtlings- und Waisenkinder in Zukunft unter diesen Umständen kaum möglich sein dürfte, einen Beruf zu erlernen, weil man in diesen Krei-

Mannheim. -bü- Eingangs der gestrigen Sitzung des technischen Ausschusses stand die Beratung über die Verlegung eines Fernmeldekabels der Stadt über die Friedrichsbrücke. Das Kabel soll 330 Leitungen umfassen und sich vom OEG-Bahnhof bis zur Feuerwache erstrecken. Die Kosten wurden vom Hochbauamt auf 23 000 DM veranschlagt. Das Projekt wurde vom technischen Ausschuss genehmigt und wird dem Gesamtstadtrat vorgelegt werden.

Anschließend billigte der Ausschuss den Erwerb des Schulhauses in der IG-Siedlung, das die Gemeinde Brühl der Stadt Mannheim zum Kauf angeboten hat. Als Kaufpreis wurden 71 700 DM festgelegt. Bei dem Ver-

## Die Stadtverwaltung vor dem Arbeitsgericht

### Straßenbahnschaffnerinnen Knall und Fall entlassen

Mannheim. Vor dem Arbeitsgericht standen fünf Straßenbahnschaffnerinnen, die gegen die Stadtverwaltung Klage erhoben haben. Der Tatbestand ist folgender:

Die Stadtverwaltung Mannheim hatte im Zuge der Sparmaßnahmen unter anderem auch fünf Straßenbahnschaffnerinnen gekündigt. Alle fünf waren schon seit Jahren bei der Straßenbahn beschäftigt. Die Kündigung wurde damit begründet, daß die Männer der Schaffnerinnen ebenfalls in Arbeit und teilweise auch bei der Straßenbahn bedienstet waren. Die Frauen erhoben Einspruch, hauptsächlich mit der Begründung, daß etwaiger Personalüberschuß bei der Straßenbahn nicht vorhanden sei, da noch ein großer Teil Urlaubstage und Überstunden wegen Personalmangel nicht abgefordert werden können. Aus diesen Gründen verbot die Stadtverwaltung denn auch die Entlassung der fünf Frauen um ein Vierteljahr. Nach Ablauf dieses Vierteljahres wurde die Frage wieder akut. Auf Ende September sollte entgeltlich die Entlassung ausgesprochen werden. Die Verhältnisse bei der Straßenbahn hatten aber noch keine Besserung erfahren. Verschiedene Stadträte erhoben deshalb Bedenken gegen die Entlassung und man entschloß sich zu warten, bis Bürgermeister Trumpfeller aus seinem Urlaub zurückgekehrt sei, um diese Angelegenheit durch diesen selbst regeln zu lassen. Billigerweise hätte man nun die Schaffner-

kauf sollen, wie üblich, die etwaigen aus dem Lastenausgleich auf das Gebäude fallenden Abgaben zu Lasten des Verkäufers berechnet werden.

Hinsichtlich des Wiederaufbaus des ehemaligen HJ-Jugendheimes in der Erlenstr. mit einem Gesamtkostenaufwand von 257 000 DM beschloß der technische Ausschuss die vorläufige Befürwortung und Weiterleitung an den Stadtrat.

Die Verwirklichung dieses Projektes wäre vom Standpunkt der Jugendarbeit sehr begrüßenswert, äußerte sich Bürgermeister Trumpfeller, insbesondere als hierdurch ein komplett ausgerüstetes Gebäude mit allen notwendigen Anlagen und Räumen geschaf-

rinnen von dieser Verschiebung verständigen müssen. Dies scheint aber nicht der Fall gewesen zu sein. Der Vertreter der Stadtverwaltung behauptete zwar, er habe diesbezüglich mit dem zuständigen Fahrdienstleiter telefoniert, doch steht demgegenüber die Aussage der Klägerinnen, die einstimmig versicherten, von einem Entlassungstermin bei Rückkehr Bürgermeisters Trumpfeller nichts erfahren zu haben. Ganz plötzlich wurden sie am 30. September, eine sogar erst am 1. Oktober früh davon benachrichtigt, daß ihr Dienst am 1. Oktober beendet sei. Sie wurden also sozusagen von einer Stunde auf die andere auf die Straße gesetzt.

Der Betriebsrat der Straßenbahn nahm sich des Falles an, konnte aber mit der Direktion zu keiner Einigung kommen, weshalb die fünf Schaffnerinnen nun vor dem Arbeitsgericht wegen Nichterhaltung der tariflich festgelegten Kündigungsfrist Klage erhoben.

In der gestrigen Güteverhandlung mußte die Stadtverwaltung sich insofern schuldig bekennen, als sie es versäumt hatte, der Klägerin N., die während der fraglichen Zeit krank war, einen schriftlichen Bescheid zu geben. Auch in den anderen Fällen erschien es sehr wahrscheinlich, daß eine mündliche Benachrichtigung durch den Fahrdienstleiter versäumt worden sein kann. Die Verhandlung wurde zunächst vertagt.

nur deshalb ausgedrückt, weil er angeblich fürchtete, als ehemaliger HJ-Führer ebenfalls verhaftet zu werden.

### Fasching beim Arbeitersängerbund

Mannheim. In den festlich und bunt dekorierten Kellerräumen des Rosengartens gelang es am Samstag Abend dem Narensschiff des Arbeiter Sängerbund, Mannheim, auf seine Art und Weise den Höhepunkt der diesjährigen Faschings-Saison mit viel Stimmung, Humor, und einer geschmackvollen Planung glücklich zu durchsteuern. Sämtliche Räumlichkeiten waren mit karnevalsüchtigen, frohen Menschen dicht besetzt. Wenn auch im oberen Geschoß des Rosengartens sozusagen die „Prominenz“ vielleicht größere Möglichkeiten für den Einzelnen bot, so wurde doch dieses Fehlen durch den wundervollen, von Ungezogenheit und wirklicher echter Herzlichkeit getragenen Abend weitgehend ersetzt.

Die enge Verbundenheit des Arbeiter Sängerbundes mit der Mannheimer Bevölkerung erhielt in diesen beschwingten Stunden ihre ausgeprägte Note. Man steuerte nicht nur mit bekannten Melodien den „Hafen von Adamo“ an, sondern „flog auch mit der Möwe in die Heimat“. Eine Fülle auslesener Kostüme erntete eine umfangreiche und ver-

fen würde. Der Aufbau des Jugendheimes soll etappenweise erfolgen. Zunächst ist die Errichtung eines Kinderhortes und Kindergartens ins Auge gefaßt worden. Nach und nach sind Gruppensäle, Turnsäle, Jugendsekretariate, Bastelräume und eine große Versammlungshalle, die auch die Möglichkeit bietet, Lichtbildvorträge durchzuführen, geplant. Vorläufig wären 138 000 DM für den ersten Teil des aufzubauenden Gebäudes erforderlich. Wie Bürgermeister Trumpfeller bekanntgab, sind diese Mittel durch zinslose Darlehen aus der Soforthilfe und sonstige Kredite von der Arbeiterwohlfahrt und dem Landesarbeitsamt gesichert.

Der Wiederaufbau eines Jugendheimes wird, so meinte Trumpfeller, allerdings in ein neues Licht gerückt durch das kurz vor der Sitzung an ihn ergangene Anerbieten von seiten der Besatzungsbehörden, die die Absicht äußerten, der Stadt Mannheim einige Holzbaracken für Jugendzwecke zu überlassen. Ob der geplante Aufbau eines Jugendheimes in der Erlenstr. dann noch notwendig wäre, müßte noch überlegt werden. Natürlich, so räumte er ein, müßte man sich diese sogenannten Holzhäuser zunächst einmal näher ansehen. Von seiten des Stadtrates kam hierauf die Anregung, die Holzbaracken für Kindertagesstätten zu verwenden und im übrigen das Projekt in der Erlenstr. beizubehalten.

Nachdem man diesen Fragenkomplex vorläufig zurückgestellt hatte, erörterte man ein weiteres Projekt über den Ankauf eines ehemaligen Segelflug-Schulungslagers in Gras-Ellenbach. Das Lager besteht aus fünf doppelstöckigen mit Sandsteinsockel versehenen Gebäuden, die mit Kanalisation, Wasser- und Strom- und Telefonanschluß versehen sind. In einem Gebäude befindet sich eine große Halle, die gleichzeitig als Speisesaal verwendet werden kann. Die Räume in den übrigen Gebäuden sind vorgesehen als Schlaf-, Schul- und Aufenthaltszimmer. Landschaftlich liegt dieses Heim äußerst reizvoll. Das Angebot ist auch nach der finanziellen Seite hin sehr günstig und beläuft sich insgesamt auf nur 60 000 DM, die in jährlichen Raten von 20 000 DM gezahlt werden sollen. Für Ferien- und Erholungslager, als Schulheim und dergl. mehr wäre also der passende Ort gefunden. Man darf erwarten, daß der Stadtrat in seiner nächsten Sitzung diesem außerordentlich günstigen und im Hinblick auf die Jugend nur zu empfehlenden Vorschlag des technischen Ausschusses seine Zustimmung nicht versagen wird.

diente Prämierung. Mit dem Vorrücken des Uhrzeigers stieg dann auch das Stimmungsbarometer beträchtlich. Manche zarten Bande wurden geschlungen und traumverlorene Paare tanzten weltentrückt unter den einschmeichelnden Klängen einer seriösen Kapelle in den berühmten siebenten Himmel. Es war ein selten erfolgreicher Maskenball, der seine Spuren noch lange in der Erinnerung der Beteiligten hinterlassen wird.

### Auch beim Theater des Volkes...

Schlagen am Samstag Abend im „Kaisergarten“ in der Zahnstraße die Wogen des Karnevals ziemlich hoch. Obwohl die Besucherzahl die Güte des Programms nicht rechtfertigte, wurde es im Kreise froher und ausgelassener Menschen noch erfreulich heiter und stimmungsvoll. Ein unter dem Motto „Man nehme Orchester umrahmter Maskenball bot eine ausgezeichnete Unterhaltung für jung und alt. Kabarettistische Einlagen sorgten für angenehme Abwechslung und die Künstler des Theater des Volkes ernteten verdienten Beifall. Eine reiche Besucherzahl möge in Zukunft immer, dem schwer um seine Existenz ringenden Theater beschieden sein, denn der Samstag Abend hat wieder einmal bewiesen, daß man es bei der Theaterleitung sehr wohl versteht, einschlägige Veranstaltungen aufzuziehen.

## Gegen die Spalter der VVN

### Stellungnahme des Landes-Vorstandes der VVN Südbaden

Freiburg. Schon seit längerer Zeit sind in den Westzonen Bestrebungen zur Spaltung der VVN bemerkbar. In einem Telegramm wandte sich ein sogenannter „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ an alle Behörden der Bundesrepublik mit der Mitteilung, daß ihn der „unerträgliche Druck der Kommunisten in der VVN zur Spaltung getrieben habe. Die Spalter haben das bisherige Organ der VVN, die „VVN-Nachrichten“, an sich gerissen, und sie unter Verletzung jeder demokratischen Regel, ohne Information des VVN-Vorstandes, eigenmächtig in „20. Jahrhundert“ umgenannt.

Zu diesem Schritt hat der Landesvorstand der VVN Südbaden in einem Brief Stellung genommen. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Wie wir durch Presse und Rundfunk erfahren haben, wurde von Ihnen die Gründung eines neuen „Bundes der Verfolgten des Naziregimes“ mit Sitz in Bonn für notwendig gehalten. Aus einem Telegramm, das Sie unter Mißachtung der primitivsten Regeln des demokratischen Anstandes an alle Behörden der Bundesrepublik versandt haben, entnehmen wir, daß „unerträglicher Druck der Kommunisten“ Sie zu diesem Schritt gezwungen habe. In diesem Telegramm legen

Sie auch so etwas wie ein Bekenntnis nieder, nämlich, Sie bemerken, daß Sie sich in die „Volksgemeinschaft“ eingliedern, soziale Hilfe betreiben und „Kameradschaft pflegen“ wollen. Schon mit diesen fatalen Begriffen, die so sehr der nazistischen Terminologie gleichen, zeigen Sie, wie weit Sie sich von den Zielen der VVN entfernt haben und wie wenig Sie noch etwas mit den Widerstandskämpfern gemein haben. Kein Wort mehr vom Kampf für den Frieden und gegen den Krieg, kein Wort mehr von der Bekämpfung des Antisemitismus und Militarismus, kein Wort mehr vom Kampf um die Einheit Deutschlands. Statt alle Kraft dafür einzusetzen, um die Menschen von den bösen Wirkungen und verderblichen Einflüssen des Faschismus zu lösen, halten Sie es für wichtiger, die Naziverfolgten „systematisch dem kommunistischen Einfluß“ zu entziehen.

Sie haben nicht den Mut gehabt, die Frage des angeblich unerträglichen kommunistischen Druckes vor der gesamten Mitgliedschaft aufzuwerfen. Sie wußten sehr gut, daß es Ihnen mit den Mitteln der Demokratie nicht gelingen wäre, sich zu emanzipieren und eine Sekte zu gründen. Sie haben sich als absolute Minderheit, die sich über loyale

### Gelinde gesagt ein Skandal

Freiburg. Zum Fasching gehört auch im Kino die leichte Muse und, da erfahrungsgemäß der Kinobesuch zur Faschingszeit zu wünschen übrig läßt, kann man es verstehen, daß die Kinobesitzer sich für diese Tage nicht in allzu große Unkosten gestürzt haben. Daß man aber denjenigen, die trotz mannigfaltiger Vergnügungen ihrem Kino die Treue hielten, zumutet, einen ausgesprochenen Blödsinn anzusehen, zeugt von wenig Taktgefühl. Während sich Union, Kandelhof und Zentraltheater in den Grenzen des Erträglichen hielten, leisteten sich die Harmonie-Lichtspiele, gelinde gesagt, einen Skandal. Vielleicht ist es auch weniger Schuld des Theaterbesitzers, als der Verleih-Firma, die mit dem französischen Streifen: „Die tolle Miß“ dem Ansehen des Films überhaupt einen schlechten Dienst erwies. Das ausgerechnet aus dem Lande, das sich für den Mittelpunkt der „christlich-abendländischen Kulturgemeinschaft“ hält, ein solches Produkt kommt, dem laut Anzeige der Ruf vorausgeht: „Riesenerfolg in allen Großstädten“, spricht Bände. Nicht anders haben wir uns den Hintergrund dieser Phrase von der Chr.-A.-G. immer vorgestellt, für deren „Verteidigung“ deutsche, französische und anderer Völker Arbeitslose durch die bedrerten Stimmröhren der Adenauer, Schuman und Churchill aufgerufen werden. Dieser Zelluloidstreifen, in dem ein Manager der Wallstreet und seine durch den Reichtum ihres Vaters geistesgestörte Tochter die Hauptrollen spielen, verstößt so vollkommen gegen jeden Geschmack, daß man dem Kinobesitzer der Harmonie nur den Rat geben kann, ihn so schnell wie möglich abzusetzen. Der Film aber zeigt auch, wie weit es der ausländischen Konkurrenz bereits in Westdeutschland gelungen ist, den Filmmarkt zu erobern, und daß sich eine Verleihgesellschaft anscheinend gar nicht mehr dagegen zur Wehr setzen kann, wenn man den Versuch unternimmt, einen solchen Schmarren ihrem Programm einzuverleiben. Er zeigt aber auch, wie weit die französische Filmindustrie sich dem Willen der amerikanischen Eroberer hat unterwerfen müssen, die ihr die Hollywood-Schablone aufzuzwingen haben und kraft ihrer Dollarinvestitionen den Anspruch erheben, mit ihrer „Kultur“ jede Eigenwilligkeit französischer, deutscher oder englischer Regisseure und Künstler zu unterdrücken. Das Ergebnis dieser Unterordnung unter die Alleinsprüche der Yankees kommt dann in solchen und ähnlichen Filmen zum Ausdruck. Es wird höchste Zeit, daß sich nicht nur die westdeutsche Filmindustrie auf ihre Verpflichtungen besinnt, sondern sich auch die Schauspieler, Drehbuchautoren und Regisseure anderer Völker, die dem Zwang der anglo-amerikanischen Weltwirtschaftspraxis unterworfen werden sollen, gegen diese Vergewaltigungen zur Wehr setzen. Das deutsche Filmpublikum wird sich, darüber herrscht kein Zweifel, auf die Dauer solche und ähnliche Provokationen sicherlich nicht bieten lassen. (str)

### Kulturnotizen

Der Bergmann-Rossellini-Film „Stromboli“, der am 15. Februar gleichzeitig in 300 Filmtheatern der Vereinigten Staaten anlief, kann den Ruf für sich beanspruchen, die bisher größte Kontroverse um einen Film veranlaßt zu haben. Die Zensurbehörden haben den Film mit dem Vermerk freigegeben, sie richteten nur den Film, nicht das Privatleben der Darsteller. Als „Ausbeutung der Unmoral für wirtschaftliche Zwecke“ bezeichnete Ex-Senator J. P. Sweeney aus Pennsylvania das Geschäftemachen mit diesem Film. Nach einer Umfrage des International News Service (INS) werden etwa 3600 von 16 850 amerikanischen Filmtheatern den umstrittenen Film nicht zeigen.

## Gärtnergewerbe wird Monopolinteressen geopfert

### Protest des Gärtnerverbandes gegen ausländische Überschwemmung der Märkte

Die Auswirkungen der Adenauerschen Wirtschaftspolitik wirkt sich auf allen Gebieten der Wirtschaft, hauptsächlich aber bei kleinen und mittleren Betrieben besonders schwer aus. Waren es gestern die Handwerker, die protestierten, so sind es heute die Gärtner. In einer Versammlung des württembergischen Gärtnerverbandes wurde an Hand drastischer Beispiele nachgewiesen, daß die deutschen Gärtner von der ausländischen Konkurrenz einfach erdrückt werden. Sie faßten eine Entschloßung, in der es heißt: Die anläßlich der Hauptversammlung des württ. Gärtnerverbandes versammelten Gärtner legen schärfsten Verwahrung ein gegen handelspolitische Maßnahmen, die den einheimischen Gartenbau mit Existenzvernichtung bedrohen. 2000 Betriebsinhaber in Nordwürttemberg werden mit ihren Angestellten, Arbeitern und Familienangehörigen

durch die „Liberalisierung“ des Außenhandels so sehr betroffen, daß ihre tägliche Arbeit am deutschen Boden sinnlos zu werden droht. Der württ. Gartenbau hält es für volkswirtschaftlich untragbar, daß ein armes Volk die Früchte seines eigenen Landes verkommen läßt und riesige Summen geliehenes Geldes für ausländische Genußmittel und Blumen ausgibt. Der württ. Gartenbau erkennt die handelspolitische Notwendigkeit, ausländische Gartenbauprodukte zu importieren, verwahrt sich aber dagegen, für industrielle Interessen geopfert zu werden, wobei nachdrücklich darauf hinzuweisen ist, daß die vom einheimischen Gartenbau erteilten Aufträge große Industriezweige ganz oder teilweise am Leben erhalten. Der Gartenbau muß im Interesse seiner Existenz darauf bestehen, daß sämtliche Gartenbauerzeugnisse auf die Importschutzliste gesetzt werden.

## Erklärung der Landesredaktion UNSER TAG

Freiburg. (EB) Die Landesredaktion der Zeitung „Unser Tag“ hat nach sorgfältiger Prüfung aller Vorgänge folgende Erklärung zum Verbot der südbadischen Volkszeitung „Unser Tag“ abgegeben:

„Mit Wirkung vom 15. 2. 1950 wurde die Volkszeitung für Baden „Unser Tag“ von der französischen Landeskommission auf sieben Tage verboten. Das Verbot wurde damit begründet, daß ein in „Unser Tag“ erscheinender Artikel (Ausgabe vom 1. 2. 50, Nr. 32) unter der Überschrift „Sureté verhaftete FDJ-Mitglieder“ falsch, tendenziös und geeignet sei, das Ansehen der französischen Besatzungsmacht zu schädigen.

Hierzu erklärt die Redaktion der Zeitung „Unser Tag“, die von der französischen Besatzungsmacht als falsch und tendenziös be-

zeichneten Bemerkungen in dem betreffenden Artikel beruht auf der Tatsache, daß die Beamten der Sureté, die die Verhaftung eines Mitgliedes der FDJ in Lörrach vornahm, ein Jagdgewehr in ihrem Kraftwagen mit sich führten. Dieser Umstand war der Anlaß zu einer mißverständlichen Information. Es steht fest, daß die Beamten die Verhaftung in Zivil vornahm und den Verhafteten in ihrem Kraftwagen zum Verhör mitnahmen, nachdem sie bereits vorher eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung vorgenommen haben. Die Redaktion „Unser Tag“ erklärt abschließend, daß der Inhalt des betreffenden Artikels in allen übrigen Punkten voll und ganz aufrecht erhalten wird. In einer besonderen Stellungnahme wird die Redaktion auf das Verbot von „Unser Tag“ noch ausführlich eingehen.“



# Höhepunkte der Herrschaft der Narren

„Sume-Zug“ steigt heute nachmittag — Die letzten Tage der Narretei

Heidelberg. Heute dürfen wir noch einmal närrisch sein („dürfen“ im kalenderistischen Sinne) und morgen schleicht der moralische Kater durch alle Gassen und Winkel, der Pleitegeier sitzt in öden Geldbeuteln und Brieftaschen, kummervolle Gedanken wandern zum Pfandhaus, wo bekannte „letzte Hose“ ruht und mancher zerfleischt sich mit Vorwürfen, die alle in dem Vorsatz enden, sich niemals wieder zu verschwenden.

„Geht her, schiebt mir de Buckel nuff“ wird Perkeo heute dem „Entnarifizierungsricht“ ins Gesicht schreien und wie er denkt auch heute noch mancher, der trotz „totaler Ebbe“ sich noch einmal in den Narrenstrudel hineinstürzen will, der ihn — wer kann es wissen — bis auf den verlorenen Grund hinabzieht. Aber viele gingen schon am Sonntag unter und wurden bis heute nicht mehr gesichtet, doch die Wasserpolizei ist auf dem Damm und registriert gewissenhaft die sich stetig mehrenden Leichenfunde.

Ueberhaupt war am Sonntag so allerhand los. Ein lindes Lüftchen strich über die Häupter der auf und ab wogenden Menschenströme in der Hauptstraße, wo ganz besonders unsere Jüngsten stolz ihren „letzten Narrenschrei“ zur Schau trugen, um vielleicht doch zu den Glücklichen der Sume-Weck und Sumerwacht-Beschenken zu gehören und die Harun al Raschids haben so manche Gut-scheine ausgeteilt, wobei nicht festzustellen war, nach welchen Gesichtspunkten die Kür vorgenommen wurde.

Allerorten gab es Kindermaskenbälle und abends trafen sich junge und alte Narren bei der O, Ja, la-Körperverrenkung. Im Schloß tapsten rund 1000 Maskenkinder beim Grün-Goldklub sich gegenseitig auf die Füßchen, doch änderte dies nichts an der Tatsache, daß es seit 10 Jahren das größte Kinderfest war, das man seitdem in Heidelberg zu sehen bekam. Preisverteilung, Märchenballett, Clown und vieles mehr sorgten für die Unterhaltung der Kleinen und es war eigentlich vielmehr Stimmung wie bei den älteren Jahrgängen (na ja, sie wissen glücklicherweise noch nichts vom Kummer des geldlosen Menschen).

Und heute nachmittag steigt der erste große „Sume-Zug“ und damit wird Heidelberg

unter allen deutschen Städten jetzt wenigstens in einem Punkt führend sein, nämlich dem der meisten „Züge“. Wenn der „berühmte Heidelberger Zug-Erfinder“ so zügig weiter seine Fantasie die Zügel lockert, wird sein einprägsamer Name im Zug um die ganze Welt gehen und eines Tages wird er uns vielleicht weggezogen und das wäre für Heidelberg nicht auszudenken.

„Mir gehn awer heit mittag doch mol gucke“ und freuen uns mit den Kindlein, denn manchmal will mir scheinen, daß sie der Wahrheit des Lebens näher kommen als die „herrschenden alten Narren“. Deren Herrschaft soll ja morgen zu Ende sein, doch womit diese Behauptung bewiesen werden kann, ist mir bis jetzt noch ungeründlich. Aber vielleicht sehen wir bei der nächsten Fastnacht klarer.

## Badisches Staatstheater

**Spielplan vom 21. bis 26. Februar 1950**  
 Dienstag, 21. Febr., 19.30 Uhr, bei freiem Kassenerwerb: „Hochzeitsnacht im Paradies“, Operette von Friedrich Schröder.  
 Mittwoch, 22. Febr., 19.30 Uhr, 12. Vorstellung der Platzmiete B und freier Kassenerwerb: „Die toten Augen“, Oper von Eugen d'Albert.

## Schweres Explosionsunglück im Gaswerk

Zwei Arbeiter wurden schwer und sieben leichter verletzt

Karlsruhe. Am vergangenen Freitag vormittag kurz vor 8 Uhr wurde die Bevölkerung in der Oststadt durch eine starke Detonation aufgeschreckt. Man schloß allgemein auf eine Bunkersprengung und ahnte nicht, daß im Gaswerk in der Schwefelwasserstoff-Reinigungsanlage eine schwere Explosion erfolgt war, durch die neun Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Ein Kasten der Reinigungsanlage, der zuvor geleert worden war, explodierte in dem Augenblick, als der mehrere Tonnen schwere Deckel mechanisch gehoben wurde. Nach bisher noch nicht einwandfrei bestätigten Beobachtungen entzündete ein Funke der elektrischen Schaltanlage des Hebekrans das entweichende Gasgemisch. Der neben dem Kastenstehende Vorarbeiter Siegel wurde

Donnerstag, 23. Febr., 19.30 Uhr, 12. Vorstellung der Platzmiete D und freier Kassenerwerb: „Das Konzert“, Lustspiel von Hermann Bahr.

Freitag, 24. Febr., 19.30 Uhr, 6. Vorstellung für die Sondermiete und freier Kassenerwerb, bei kleinen Preisen — 60 bis 3.10 DM: „Familie Hännemann“, Schwank von Reimann und Schwarz.

Samstag, 25. Febr., 19.30 Uhr, Neuinszenierung: „Andre Chenier“, Musikalisches Drama mit geschichtlichem Hintergrund. Musik von Umberto Giordano.

Sonntag, 26. Febr., 14.30 Uhr, 7. Vorstellung für die Fremdenmiete und freier Kassenerwerb: „Die Fledermaus“, Operette von Johann Strauß. — 20.00 Uhr, bei freiem Kassenerwerb: „Hochzeitsnacht im Paradies“, Operette von Friedrich Schröder.

## Theater-Gastspiele im März

Heidelberg. Auch im Monat März finden bei den Städtischen Bühnen Heidelberg auswärtige Gastspiele statt. So gastiert am 6. im Stadttheater die Wiener Exel-Bühne mit Anzengrübners Komödie „Der Wissenswurm“. Am 20. März findet ein Gastspiel der bekannten Schauspielerin Luise Ulrich und ihrem Ensemble mit dem Schauspiel von Michel Duran „Ein Mann wird gesucht“ in der Inszenierung von Paul Verhoeven statt.

Der Zustand der Schwerverletzten wird von den Ärzten als sehr ernst bezeichnet.

Wenn man auch der technischen Leitung des Gaswerks keinen Vorwurf wegen ungenügender Sicherheitsmaßnahmen machen kann, so ist doch der unverzügliche Einbau von funktionsfähigen Schaltanlagen in dieser Abteilung erforderlich, auch wenn die Betriebsvorschriften dies bisher nicht vorsehen. Man wird auch gleichzeitig alle anderen Gasfangebereiche, wo eine Gasentwicklung und damit eine Explosionsgefahr möglich ist, erneut überprüfen müssen. Wenn solche Unfälle verhältnismäßig selten sind und nur bei Zusammenwirken aller ungünstigen Umstände auftreten, ist es Pflicht der Unfallbehörden, zusätzliche Sicherheitsvorschriften zu erlassen, die sich auf alle derartigen Anlagen erstrecken.

## Protestversammlung

am Donnerstag, 23. Februar 1950, 19.30 Uhr in Karlsruhe, im Studentenhaus, Parking 7

Die Korruptionsskandale in Stuttgart und Karlsruhe zeigen wie faul der Regierungs- und Verwaltungsapparat in Württemberg-Baden ist. Alle politischen Parteien, mit Ausnahme der KPD, sind durch ihre führenden „Köpfe“ in den Sumpf hineingezogen worden.

Es spricht zum Entnazifizierungsskandal May-Meyer-Ströbe usw.

Stadtrat W. Bechtel, Stuttgart

Es spricht zum Amend-Skandal: Stadtrat F. Dietz, Karlsruhe

Erscheint in Massen!

de durch die Wucht der Explosion in eine mehrere Meter tiefe Grube geschleudert, und erlitt neben Verbrennungen schwere innere Verletzungen. Der Arbeiter Lichtenwalder wurde, trotzdem er am weitesten wegstand, am ganzen Unterkörper schwer verbrannt, während die anderen sieben Arbeiter, darunter auch ein Obermeister erhebliche Verbrennungen an Kopf, Hals und Händen aufwiesen. Alle verunglückten Arbeiter befinden sich noch im Städtischen Krankenhaus.

Endlich beschlagnahmte Gebäude freigegeben

Heidelberg. (dwb) Die Freigabe des bisher beschlagnahmten Heidelberger „Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums“ ist nach einer Mitteilung des amerikanischen Kreisvertreters in Heidelberg für Ende Juni dieses Jahres festgesetzt worden.

Das Schulgebäude war bisher von einer Einheit der amerikanischen Militärpolizei belegt, die nunmehr in äußerhalb Heidelbergs gelegenen Kasernen untergebracht werden soll. Es wird damit gerechnet, daß das Gebäude schon zu Beginn des neuen Schuljahres wieder seinen alten Zweck dienstbar gemacht werden kann.

Im Zusammenhang mit der Verlegung der MP-Einheit wird auch die bisher beschlagnahmte große Volkswagen-Reparaturwerkstätte, die von dieser Einheit als Motor-Pool benutzt wurde, freigegeben werden.

Wie der amerikanische Kreisvertreter weiter mitteilte, ist mit einer Freigabe der beschlagnahmten Hotels in Heidelberg in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Schwimmende Baustelle auf dem Rhein

Bruchsal. (dwb) Mit Hilfe von Schwimmkranen und unter Einsatz von Tauchern werden gegenwärtig die Trümmer der 1945 gesprengten Germersheimer Eisenbahnbrücke aus dem Rhein geborgen. Damit wird eines der größten Hindernisse für die Rheinschiffahrt beseitigt.

Amerikanischer Soldat wegen fahrlässiger Tötung und Fahrerflucht verurteilt

Heidelberg. (dwb) Ein amerikanisches Kriegsgericht urteilte am Samstag den amerikanischen Soldaten John R. Wisniewski wegen fahrlässiger Tötung und Fahrerflucht zu einem Jahr Zwangsarbeit und Verlust aller Geldansprüche an die Armee.

Der Angeklagte hatte am 18. Dezember in Mannheim-Feudenheim den Deutschen Wilhelm Klein, der mit seinem Fahrrad auf dem Wege zur Arbeit war, überfahren und war weitergefahren, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. Klein war später seinen Verletzungen erlegen.

Erschwerend fiel für den Angeklagten ins

# Ausweichen vor dem Kampf ist feig

Delegiertenversammlung der IG Metall beschließt mit knappster Mehrheit den Lohntarif nicht zu kündigen

Karlsruhe. Die letzte Delegiertenversammlung der Industriegruppe Metall tagte unter keinem glücklichen Stern. Von 180 Delegierten waren nicht einmal die Hälfte erschienen, trotzdem die Tagesordnung den wichtigen Punkt der Kündigung des Lohntarif enthielt.

Kollege Deck versuchte mit dem ganzen Aufwand seiner Beredsamkeit den Delegierten klar zu machen, daß eine Kündigung des Lohntarifs im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht günstig sei und daß man mit dem bisher Erreichten vorläufig zufrieden sein könne.

Kollege Lösch dagegen erklärte, daß die Löhne im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten völlig ungenügend sind und er fragte Deck, wann denn in Karlsruhe die Gewerkschaft den Zeitpunkt des Kampfes für günstig halte, vielleicht dann, wenn in Westdeutschland fünf statt zwei Millionen Arbeitslose vorhanden seien. Lösch verwies auf den richtigen Entschluß der Stuttgarter Me-

tallarbeiter, den Kampf mit den Unternehmern um höheren Lohn aufzunehmen.

Kollege Schaubhut von den Karlsruher Industrierwerken, dessen gute Beziehungen zu seiner Werksdirektion besser bekannt sind, als sein Eintreten für die Interessen der Arbeiter, unterstützte das Rückzugsgefecht von Deck, der in dieser Versammlung einmal mehr bewies, daß er es mit der innergewerkschaftlichen Demokratie nicht sehr ernst meint, wenn andere Meinungen als die seingigen, auftauchen.

Die Abstimmung war dann auch danach: 33 Kollegen stimmten für, 34 gegen die Kündigung des Lohntarifs. Diejenigen, die es zum Schaden der Arbeitnehmer vorzogen, dem Kampf auszuweichen, hatten ihren billigen Sieg nur dem Umstand zu verdanken, daß der größte Teil der Delegierten nicht anwesend war, was teilweise auf die viel zu spät erfolgten Einladungen zurückzuführen ist.

## Blick in's kulturelle Leben

### Hermann Bahr's „Konzert“

Neuinszenierung im Bad. Staatstheater Karlsruhe. „Humor ist, wenn man trotzdem lacht“... könnte als Motto über Bahrs Lustspiel stehen. Ja, man amüsiert sich trotzdem um diese Welt der Sicherheit, mit ihren überzogenen Plüschmöbeln, unendlich fremd geworden ist. Die Erinnerung an die versunkene Welt des liberalen Bürgertums der Jahrhundertwende weht noch einmal zu uns herüber und der Autor zieht ihre kleinen Sorgen und Nöte, die sich im Kreise der Familie und des engeren Wirkungsreiches abspielen, „durch den Kakao“ Gerüchten und Skandalen gewinnen welterschütternde Bedeutung. Der Ruhm eines Virtuosen scheint ohne sein Haarfarbmittel zu scheitern.

Gustav Heink, Musikprofessor seines Zeichens, schwelgt in der Anbetung seiner kaum dem Pupertätsalter entwachsenen Elevationen. Jedes Jahr, wenn die Knospen springen, packt auch ihn das Frühlingserwachen. Dann muß er seine liebevolle Gattin verlassen, um dringend in ein „Konzert“ zu gehen: ein „Konzert“ ohne Publikum, zu zwei in seiner kleinen Hütte. Doch einmal unterbricht man sein „Konzert“ und

überrascht in seiner Berg-Zweisamkeit den Armen, der halt dem bezaubernden Einfluß des Wonnemonds und den unwiderstehlichen Reizen eines Gänsehens erlegen ist. Die eigene Gemahlin und der Ehegatte seines G'spusti heizen ihm ein. — Die verwickelten Situationen, die sich aus dieser Intrige ergeben, bieten ein schauspielerisches Festessen.

Da ist der Pianist mit seinem kindlichen Gemüt, der Toleranz für seine Setzsprünge als Selbstverständlichkeit voraussetzt. Die-

## Pfingsten 1950 in Berlin!

ser rührend-naive Typus hätte nicht überzeugender gestaltet werden können, als dies durch Waldemar Leitgeb geschah. Rita Graun war meisterhaft verhalten in der Rolle der verständnisvollen und klugen Gattin des Meisters. Werner Nipper beleuchtete als schrullig-hemmungsloser Menschenfreund die mit Vorurteilen geladene kleinbürgerliche Atmosphäre.

Die ganze Aufführung war spritzig, amüsanter aber unbedeutend.

# UMSCHAU IM LANDE

## Aus dem Parteileben

Versammlungen der KPD, Kreis Mannheim Der Referentenkurs am Dienstag, 21. Februar, in S 3, 10, fällt aus technischen Gründen aus.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe Karlsruhe - Weststadt, Mittwoch, 22. Februar 1950, 20 Uhr, im „Württemberg Hof“ Mitglieder - Versammlung. Referent: J. Schlimmer.

Karlsruhe - Weiherfeld, Mittwoch, 22. Februar 1950, 19.30 Uhr, bei Wasserthal Mitglieder-Versammlung.

Thema in den Mitglieder-Versammlungen: Die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg Betriebsgruppenbesprechung, Mittwoch, 22. Februar 1950, 18 Uhr, auf dem Parteibüro eine gemeinsame Besprechung der Betriebsgruppen Stotz-Kontakt; Stadlerwerke Heidelberg; Schnellpresse und Fa. Maßholder, Heidelberg.

Thema: „Die Resolution der 14. Tagung des PV und unsere Arbeit im Betrieb. Die Aufgaben der Betriebsgruppen“.

Außer den Genossen der Betriebsgruppen werden die Vorsitzenden der Ortsgruppe Pfaffengrund und Heidelberg-Bergheim mit anwesend sein.

## Freiburger FC fällt wieder zurück

### Südliga

Der Fastnachtsonntag brachte infolge mehrerer Spielausfälle keine wesentlichen Veränderungen in der Tabellen-Rangordnung. Die nächsten Verfolger Reutlingen waren alle spielfrei und so konnte der Tabellenführer dank seines 5:1 Sieges über Hechingen seinen Vorsprung vergrößern. Das wichtigste Treffen in der Liga endete unentschieden 2:2. Der buchstäblich in letzter Minute von der Freiberger FC einen Punkt, der ihm am Schluß bitter fehlen wird. Die Aussichten des Meisters, seinen Titel doch noch erfolgreich zu verteidigen, sind nun wieder schlechter geworden. Konstanz holte sich in Trossingen mit 1:0 zwei Punkte, die der Verlierer hätte brauchen können. Kuppenheims Sieg über Villingen ist mit 1:0 überraschend knapp ausgefallen. Ebingens Sieg 2:0 in Friedrichshafen kommt nach den letzten schwachen Leistungen Friedrichshafens nicht unerwartet.

### Lahr ließ nicht locker

FV Lahr — Freiburger FC 2:2

Wenn eine Mannschaft 2:0 in Führung liegt und bis dahin den Kampf auch überlegen gestaltet hat, dann hat sie keine Veranlassung, in die Defensive zu gehen, sondern sie kann den Sieg viel besser durch weiteres Angriffsspiel sichern. Der Freiburger FC verstieß gegen diese Regel. Er wollte zu sicher gehen und gerade diese übertriebene Vorsicht brachte ihn um den Sieg. Ohne Schaletzki spielend, kamen die Gäste bald gut in Fahrt und waren zeitweise stark überlegen. Lahr verdankte es nur seinem ausgezeichneten Torwart Schilli, daß die Freiburger bei Halbzeit nur mit 1:0 durch Bantle führten. 5 Minuten nach der Pause vergrößerten die Gäste ihren Vorsprung durch Wehrle auf 2:0. Freiburg begann nun auf Halten zu spielen, sodaß Lahr immer mehr aufkam. Linksaußen Wächter erzielte durch überraschenden Fernschuß das Anschlußtor und 2 Minuten vor Schluß brachte ein Schuß des Verteidigers Zoch II aus 30 Metern den Ausgleich für Lahr. Stürmisch drängte Lahr nun weiter nach dem Siegestor und Freiburg konnte noch von Glück sagen, daß ihm wenigstens ein Punkt verblieb.

### Villingen war ein guter Verlierer

Kuppenheim — Villingen 1:0

Daß die Villingen Kuppenheim nicht liegen hatten sich schon bei der hohen 5:1 Nieder-

lage Kuppenheims im Vorspiel erwiesen. Auch auf eigenem Platz hatte Kuppenheim Mühe, um zu den Punkten zu kommen. Wenn die Revanche mit 1:0 gelang, so war Kuppenheims Sieg bis zur letzten Minute heiß umstritten. Das einzige Tor des Spieles fiel eine Minute vor der Pause durch den Linksaußen Bretschek von Kuppenheim. Mit letztem Einsatz konnte Kuppenheim dann den knappen Vorsprung in der zweiten Halbzeit behaupten.

### Konstanz hatte Glück in Trossingen

SpVgg Trossingen — VfL Konstanz 0:1

Dank einer besseren Mannschaftsleistung konnte Konstanz sich die beiden Punkte in Trossingen sichern. Die Einheimischen kamen infolge Ersatz nicht zu ihrem gewohnten Spiel. Konstanz lieferte eine ansprechende Partie und zeigte sich auch vor dem Tor entschlossener. Nach torloser Halbzeit fiel das Siegestor der Gäste ganz unerwartet während einer Drangperiode der Einheimischen. Bei einem Vorstoß des Gästetürms wollte Trossingens rechter Läufer einen Ball zum Torwart zurückspielen aber der Linksaußen Lehrieder von Konstanz war schneller und lenkte den Ball ins Tor. Trossingen drängte nun zeitweise stark nach dem Ausgleich, doch es wollte nicht glücken. Ein Schuß des Linksaußen Meßner ging an die Latte.

### Reutlingen — Hechingen 5:1

Trotz des hohen Resultats gegen den Tabellenletzten konnte die Leistung des Siegers nicht recht befriedigen. Allerdings war der Gegner auch zu schwach, um Reutlingens Mannschaft alles abzuverlangen. Dem nach Beginn durch Schöllner erzielten Führungstor konnte Hechingen zwar eine Viertelstunde später den Ausgleich durch Metzger entgegenseetzen aber noch vor der Pause kam Reutlingen durch Richter und 2 Tore von Scheuffele auf 4:1 und Scheuffele fügte nach Seitenwechsel noch sein 3. Tor hinzu.

### SG Friedrichshafen — ASV Ebingen 0:2

Die Gäste waren in der ersten Halbzeit meist leicht überlegen und kamen bereits nach einer Viertelstunde durch den Linksaußen zum Führungstor. Nach einer halben Stunde hieß es dann 2:0 durch den Halblinken Glaser. Nach der Pause versuchte es Friedrichshafen mit umgestellter Mannschaft aber es blieb bei dem Halbzeitresultat.

## Endlich beschlagnahmte Gebäude freigegeben

Heidelberg. (dwb) Die Freigabe des bisher beschlagnahmten Heidelberger „Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums“ ist nach einer Mitteilung des amerikanischen Kreisvertreters in Heidelberg für Ende Juni dieses Jahres festgesetzt worden.

Das Schulgebäude war bisher von einer Einheit der amerikanischen Militärpolizei belegt, die nunmehr in äußerhalb Heidelbergs gelegenen Kasernen untergebracht werden soll. Es wird damit gerechnet, daß das Gebäude schon zu Beginn des neuen Schuljahres wieder seinen alten Zweck dienstbar gemacht werden kann.

Im Zusammenhang mit der Verlegung der MP-Einheit wird auch die bisher beschlagnahmte große Volkswagen-Reparaturwerkstätte, die von dieser Einheit als Motor-Pool benutzt wurde, freigegeben werden.

Wie der amerikanische Kreisvertreter weiter mitteilte, ist mit einer Freigabe der beschlagnahmten Hotels in Heidelberg in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Schwimmende Baustelle auf dem Rhein

Bruchsal. (dwb) Mit Hilfe von Schwimmkranen und unter Einsatz von Tauchern werden gegenwärtig die Trümmer der 1945 gesprengten Germersheimer Eisenbahnbrücke aus dem Rhein geborgen. Damit wird eines der größten Hindernisse für die Rheinschiffahrt beseitigt.

Amerikanischer Soldat wegen fahrlässiger Tötung und Fahrerflucht verurteilt

Heidelberg. (dwb) Ein amerikanisches Kriegsgericht urteilte am Samstag den amerikanischen Soldaten John R. Wisniewski wegen fahrlässiger Tötung und Fahrerflucht zu einem Jahr Zwangsarbeit und Verlust aller Geldansprüche an die Armee.

Der Angeklagte hatte am 18. Dezember in Mannheim-Feudenheim den Deutschen Wilhelm Klein, der mit seinem Fahrrad auf dem Wege zur Arbeit war, überfahren und war weitergefahren, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. Klein war später seinen Verletzungen erlegen.

Erschwerend fiel für den Angeklagten ins

gesund und schlank durch RICHTERTEE - HOCHWIRKSAM - AUCH ALS DRIP-TABLETTEN UND DRAGEE!

## Amtliche Bekanntmachung

Von zuständiger Seite wird erneut darauf hingewiesen, daß das Befahren der Kinzigdämme von Radfahrern nach den bestehenden Bestimmungen verboten ist. Ferner ist untersagt, die Schutzdämme bei Hochwasser zu betreten. Im Uebertretungsfall ist Bestrafung zu erwarten.

Offenburg, 15. Februar 1950

Bürgermeisteramt

**Barmer Ersatzkasse**  
 ab 27. Februar 1950 in  
**N 4, 13-14**  
 Schalterstunden: Montag — Freitag 9.30 — 13, Samstag 9.30 — 12 Uhr  
 außerdem Dienstag 16 — 18 Uhr  
 Wegen Uuzug am 24. und 25. Februar 1950 geschlossen

<p><b>Harmonie-Lichtspiele</b></p> <p><b>Bis mit Donnerstag!</b></p> <p>Ein Film, den Sie nicht versäumen dürfen - RAY VENTURA und sein Tanzorchester mit</p> <p>GISELLE PASCAL in</p> <p><b>Die tolle Miss</b></p> <p>Ay, Ay, Ay Maria, Maria aus Bahia</p> <p><b>Ein musikalisches Lustspiel im Samba-Rhythmus</b></p> <p>Die Presse schreibt: „Der Film sprüht von guter Laune, Leichtsinn und kesseln Rhythmen“</p> <p>Tgl.: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr</p>	<p><b>Union-Theater</b></p> <p>Dienstag bis mit Donnerstag!</p> <p>Nur 3 Tage!</p> <p>Der größte Lacherfolg der Saison! Die Filmgroteske, die jeder gesehen haben muß!</p> <p><b>George Formby</b>    ein Komiker, der unwiderstehlich ist in</p> <p><b>Bravo-George</b></p> <p>Spannung, Lachen, Romanik und Musik sind die Kennzeichen dieses großen Lustspielschülers.</p> <p>Was Millionen in aller Welt nicht vergessen werden, müssen auch Sie erleben: George Formby in „Bravo George“</p> <p><b>Schallende Heiterkeit!</b></p> <p><b>Auch Sie lachen Tränen!</b></p> <p>Fox tönende Wochenschau Jugendfrei!</p> <p>Täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uh</p>
<p>Neue und wenig gespielte Klaviere</p> <p>Reparaturen und Stimmungen Höher-Akkordeons, Teiltahlig</p> <p><b>Musikhaus Arnold, G 4, 13</b></p>	<p><b>Beinschäden</b>, off. Füße, Fischen, Furunkel, und alle Wunden sind heilbar durch <b>Bauschilba</b>. In Apotheken erhältlich. Prosp. gratis d. Chem. Lab. Schneider, Wiesbaden 132</p>